

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 33

vom 24. September 2010  
Redaktion: Katja Richardt

## Bund

874. Sitzung des Bundesrates 2

## Haushalt und Finanzen

Senat erreicht jährliche Konsolidierung von 510 Millionen Euro 4

## Wirtschaft und Hafen

Hamburg führt europäische Hafenkooperation an 20

Hafenfinanzierung nachhaltig gesichert 21

## Soziales und Familie

Kuhlmann akzeptiert Forderungen der Sozialbehörde 22

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Berufliche Integration für jugendliche Flüchtlinge 24

## Wissenschaft und Forschung

Der Kunst- und Mediacampus Hamburg ist da! 26

Kühne Logistics University genehmigt 29

## Datenschutz

Moderner Datenschutz im Internet – ein erster Schritt 31

## Kultur

Norddeutscher Filmpreis 2010: 12 Filme von der Jury nominiert 33

Kinder zum Olymp! 2010 35

Denkmalschutz und EU-Wasserrahmenrichtlinie in Einklang bringen 36

## Zur Information

Terminkalender 38

23. September 2010/br23

## **An der 874. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 24. September 2010, nehmen Bürgermeister Ahlhaus, Senator Dr. Steffen und Staatsrat Lüdemann teil**

Die Tagesordnung umfasst 78 Punkte.

### **Hamburg unterstützt Forderung nach Entlastungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt zu Gunsten der Länder und Kommunen**

Der Bundesrat berät über den Gesetzentwurf des Bundeshaushaltes 2011 und zum Bundesfinanzplan 2010 bis 2014. Der Etatentwurf 2011 sieht insbesondere eine Verringerung der Ausgaben des Bundes um 12,1 Mrd. Euro auf 307,4 Mrd. Euro vor. Die Länder begrüßen in ihrer Stellungnahme grundsätzlich den von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurs einer nachhaltig ausgerichteten Konsolidierung. Sie machen aber in ihrer gemeinsamen Stellungnahme deutlich, dass Entlastungsmaßnahmen für den Bund nicht zu negativen Rückwirkungen auf die Finanzen der Länder und Kommunen führen dürfen. Den Ländern müsse die Möglichkeit eingeräumt werden, die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse künftig einhalten zu können. Insbesondere sollten bundesgesetzliche Regelungen auf Entlastungsmöglichkeiten zu Gunsten von Ländern und Kommunen hin untersucht werden. Ferner kritisieren die Länder die für das Jahr 2011 vorgesehene massive Kürzung der Bundeszuweisungen im Bereich des Städtebaus.

### **Hamburg fordert bessere Rahmenbedingungen für Elektromobilität**

In einem Plenantrag verlangen Hamburg und Baden-Württemberg eine klare gesetzliche Regelung zum Parken und Halten von Elektrofahrzeugen im Bereich von Ladestationen. Hamburg ist Modellregion zur Erprobung der Elektromobilität. Rechtssicherheit in diesem Bereich ist daher von besonderer Bedeutung. Der Aufbau einer Infrastruktur und die Verankerung der Elektromobilität im öffentlichen Raum einschließlich der Einrichtung von Ladestationen im öffentlichen Straßenraum ("Elektrotankstellen") ist hierfür elementar.

**Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann** Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund: „Als „Europäische Umwelthauptstadt 2011“ ist es uns ein besonderes Anliegen, die Einführung von Elektromobilität in Deutschland aktiv zu fördern. Unser Antrag leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem die Voraussetzungen zum tatsächlichen Betrieb von Elektrofahrzeugen deutlich verbessert werden“.

### **Führerschein ab 17 wird Standard**

Hamburg unterstützt im Bundesrat den Vorschlag der Bundesregierung, das Modell „Begleitetes Fahren ab 17“ dauerhaft einzuführen. Die bisher gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass das anfängliche Fahren in Begleitung eines erfahrenen Führerscheininhabers einen deutlichen Gewinn für die Verkehrssicherheit der jungen Fahranfängerinnen und Fahranfänger bringt.

Zugleich wird mit dem Gesetzentwurf eine EU-Richtlinie umgesetzt, wonach in allen EU-Mitgliedstaaten ausgestellte Führerscheine ab dem 19. Januar 2013 einem einheitlichen Muster entsprechen müssen und auf eine Gültigkeitsdauer von bis zu 15 Jahren befristet werden. Für bereits ausgestellte und im Umlauf befindliche Führerscheine gilt eine Befristung bis zum 19. Januar 2033. In diesem Zusammenhang ist aber keine erneute Führerscheinprüfung vorgesehen.

### **Grenzüberschreitende Vollstreckung von Geldbußen wird erleichtert**

#### **Verkehrssünder müssen mit einer Verfolgung aus dem EU-Ausland rechnen**

Der Bundesrat entscheidet auch über einen Gesetzentwurf, mit dem ein Beschluss der EU umgesetzt wird, künftig in einem EU-Mitgliedsstaat verhängte Geldstrafen und Geldbußen bei allen Formen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten grundsätzlich europaweit gegenseitig anzuerkennen und vollstrecken zu können. Innerhalb der EU gestaltet sich die Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen bisher oft schwierig. Daher bleiben Sanktionen im Bereich der leichten bis mittleren Kriminalität und bei Ordnungswidrigkeiten für die Betroffenen oft folgenlos, wenn sie ihren Wohnsitz in einem anderen EU-Staat haben. Die Änderung betrifft beispielsweise die grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrssündern. Wer im Ausland gegen die dortigen Verkehrsregeln verstößt, kann nicht mehr darauf vertrauen, dass ein Strafzettel praktisch folgenlos bleibt. Wird das Bußgeld nicht freiwillig bezahlt, kann dieses nach den Regelungen des Rahmenbeschlusses auch im Heimatland vollstreckt werden.

### **Hamburg fordert besseren Verbraucherschutz im Internet vor Kostenfallen**

Viele Verbraucher schließen - ohne es zu bemerken - im Internet Verträge ab, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben. Diese Zahlungsverpflichtungen sind für den Verbraucher häufig nicht erkennbar. Hamburg unterstützt daher einen Entschließungsantrag, mit dem die Bundesregierung gebeten wird, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, dass auf entgeltliche Gegenleistung gerichtete Verträge im Internet nur wirksam zustande kommen sollen, wenn der Verbraucher vom Unternehmer einen Hinweis auf die Entgeltlichkeit und die mit dem Vertrag verbundenen Gesamtkosten in deutlicher, gestaltungstechnisch hervorgehobener Form erhalten hat und er diese Kostenmitteilung in einer von der Bestellung gesonderten Erklärung bestätigt.

**Für Rückfragen: Sabine Spitzer, Koordinierung Bundesrat, Presse, Freie und Hansestadt Hamburg,  
Vertretung beim Bund, Tel. 0 30 – 2 06 46-109, [www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)**

22. September 2010/pr22

## Senat erreicht jährliche Konsolidierung von 510 Millionen Euro

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat in den vergangenen drei Tagen den Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 beschlossen und ein strukturelles Konsolidierungsprogramm von 510 Mio. Euro verabschiedet. Der volle strukturelle Einspareffekt wird 2014 voll haushaltswirksam. 2013 werden strukturelle Effekte in Höhe von 465 Mio. Euro, 2012 in Höhe von 433 Mio. Euro und 2011 in Höhe von 406 Mio. Euro erreicht. Die fehlenden Beträge gehen auf erforderliche Anlaufzeiten einzelner Maßnahmen zurück und werden durch erwartete, temporäre Steuermehreinnahmen kompensiert.

**Bürgermeister Christoph Ahlhaus:** „**Schuldenabbau und Haushaltssanierung sind aktive Zukunftsgestaltung.** Wir können nicht weiter über unsere Verhältnisse leben. Deshalb ist der Senat in seinen Haushaltsberatungen konsequent der Marschroute gefolgt, dass wir **Wünschenswertes von Notwendigem unterscheiden** müssen.“

Zur Erinnerung: Im Mai hatte der Senat auf den strukturellen Einsparungsbedarf von rund einer **halben Milliarde Euro** hingewiesen.

Zur Deckung des strukturellen Konsolidierungsbedarfs hatte der Senat sich vier Ziele gesetzt:

- 100 Mio. Euro Kürzung bzw. Wegfall des Weihnachtsgeldes
- 260 Mio. Euro Maßnahmen in Verantwortung der Fachbehörden
- 50 Mio. Euro Beiträge der Öffentlichen Unternehmen
- 100 Mio. Euro Verschlinkung von Verwaltungsstrukturen

**Finanzsenator Carsten Frigge** erklärte nach Abschluss der dreitägigen Beratungen im Hamburger Rathaus: „Ich bin sehr zufrieden, dass es dem Senat gelungen ist, unsere Zielmarke von 510 Mio. Euro zu erreichen. Es versteht sich von selbst, dass nicht alle Maßnahmen ihre strukturellen Wirkungen sofort entfalten. Ohne die engagiert, konstruktive und zielorientierte Mitwirkung aller Senatorinnen und Senatoren wäre dieser erhebliche Kraftakt nicht gelungen.“

Erste Priorität war es, das **Verwaltungshandeln effizienter und kostengünstiger zu organisieren.** Erreicht wurde dieses Ziel in erheblichem Umfang durch Einsparungen in den Haushaltsplänen der Behörden und darüber hinaus durch die Vorschläge der **Zukunftssicherungskommission.** Selbst diese eigentlich als langfristig zu betrachtenden Maßnahmen werden bereits im ersten Jahr mit 20 Mio. Euro wirksam. „Kurzfristige Verkäufe von Tafelsilber sind keine Lösung. Wir müssen nachhaltig sparen“, sagt **Bürgermeister Christoph Ahlhaus.** Deshalb hat der Senat eine Arbeitsgruppe beschlossen, die bis zum Jahr 2014 Maßnahmen in Höhe von weiteren strukturellen 50 Mio. Euro erarbeiten wird. Dabei wird diese sich vor allem auf die folgende Ziele fokussieren:

- die Fachbehördenstruktur inklusive Ressortzuschnitt
- die Struktur der Bezirksämter

- die Deputation
- die Aufsicht und die Aufgabensteuerung, die die notwendige Aktions- und Reaktionsfähigkeit in einer Großstadt sicherstellen (z.B. Eiswinter).

**Bürgermeister Christoph Ahlhaus:** „Da es sich hierbei um sehr grundlegende Maßnahmen wie die Veränderung des Verwaltungsaufbaus der Freien und Hansestadt handelt, appelliere ich an alle gesellschaftlichen Gruppen dieser Stadt, sich konstruktiv in dieses Vorhaben einzubringen.“

Daneben hat der Senat in einigen Bereichen auch Einnahmeverbesserungen erzielen können, die den Bürgern Hamburgs zu Gute kommen. So will der Senat den Kulturstandort Hamburg deutlich stärken. Dazu wird Hamburg eine **Kultursteuer** einführen. Die Hansestadt folgt damit anderen deutschen Städten. Die daraus resultierenden Einnahmen werden zu drei Vierteln für besonders attraktive Kulturveranstaltungen mit hoher Qualität wie etwa Festivals, Ausstellungen und Theaterproduktionen sowie zu einem Viertel für die weitere Verbesserung des Marketings und Kulturtourismus verwendet. Erwartet wird ein Erlös von etwa 10 Mio. Euro pro Jahr. Diese Steuer in Höhe von etwa fünf Prozent wird für Übernachtungen in der Hamburger Hotellerie erhoben. Die **Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch** betont: „Kultur muss in dieser Stadt auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen ihren hohen Stellenwert behalten. Die Einführung der Kultursteuer stärkt nachhaltig die Kulturmetropole Hamburg.“

Dadurch, dass Studierende, die hier leben auch hier gemeldet sein sollen, werden in Zukunft verminderte Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erfolgen. Diese Einnahmen werden voll auf die eigentlich zu erbringende Einsparquote der Wissenschaftsbehörde angerechnet.

Angesichts des enormen Einsparbedarfs konnte der Senat neben Effizienzsteigerungen und Sparmaßnahmen bei den Behörden auch **Leistungskürzungen nicht vermeiden**. **Bürgermeister Christoph Ahlhaus:** „Um Hamburgs Handlungsfähigkeit auch in Zukunft zu sichern und weil wir das auch unseren Kindern und weiteren Generationen schuldig sind, mussten wir teilweise auch **sehr schmerzhaft Einschnitte** beschließen.“

Bewusst wurden im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen die **Sozialbehörde und die Wissenschaftsbehörde anteilig deutlich weniger belastet, als dies ihrem Anteil am Haushalt entsprochen hätte**. **Bürgermeister Ahlhaus:** „Gerade im Sozialbereich hätte eine anteilige Erbringung des Sparbeitrags zu Belastungen von Gruppen geführt, die der Senat bewusst nicht belasten möchte.“ **Leistungs-Kürzungen im Bereich der sozial Schwachen, der Behinderten und auch bei Familien wurden daher soweit irgend möglich vermieden.**

Wissenschaft und Forschung sind von elementarer Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt, für Wohlstand und Wachstum. Bürgermeisterin Christa Goetsch: „Investitionen in Forschung und Bildung sind auch in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten unverzichtbar; sie garantieren die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.“

Auch im Bereich Inneres gilt: Da, wo es unmittelbar um die Sicherheit der Hamburger Bürger geht, darf nicht gespart werden. Insofern hat der Senat die schmerzhaft anteilige Verpflichtung der Innenbehörde zur Konsolidierung erbracht, ohne dass die Polizeipräsenz auf der Straße eingeschränkt wird.

## Übersicht

### A) Maßnahmen im Bereich der Einzelpläne

- 1.1: Senatskanzlei, Personalamt
- 1.2 – 1.8: Bezirke
- 2: Justizbehörde
- 3.1: Behörde für Schule und Berufsbildung
- 3.2: Behörde für Wissenschaft und Forschung
- 3.3: Behörde für Kultur, Sport und Medien
- 4: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
- 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- 7: Behörde für Wirtschaft und Arbeit
- 8.1: Behörde für Inneres
- 9.1: Finanzbehörde
- 9.2: Allgemeine Finanzverwaltung

### B) Maßnahmen im Bereich Zukunftssicherungskommission

### C) Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Unternehmen

## **A) Maßnahmen im Bereich der Einzelpläne**

### **Einzelplan 1.1: Senatskanzlei, Personalamt**

#### **Senatskanzlei**

Die Senatskanzlei hat entsprechend ihrem Anteil am Betriebshaushalt einen Konsolidierungsbeitrag von 1,5 Mio. Euro pro Jahr zu erbringen.

Den größten Anteil nehmen mit 330 Tsd. Euro Einsparungen im Personalbereich durch Stellenstreichungen ein. Zu den repräsentativen Veranstaltungen im Rathaus werden zukünftig weniger Gäste eingeladen und der Bewirtungsumfang soll bei einigen Veranstaltungen reduziert werden. Das Sommerfest im Gästehaus des Senats wird gestrichen. Insgesamt können dadurch die bisherigen Mittel um rd. 20% oder 184 Tsd. Euro reduziert werden.

Durch die Rückgabe von Büroflächen in der Europapassage sowie Einsparungen bei Beschaffungen, IT-Maßnahmen, Bauunterhaltung, der Vergabe von Gutachten, Dienstreisen, Ausstellungskosten und Broschüren im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können weitere rd. 280 Tsd. Euro entfallen.

#### **Personalamt**

Das Personalamt hat entsprechend seinem Anteil am Betriebshaushalt einen Konsolidierungsbeitrag von 2,25 Mio. Euro pro Jahr zu erbringen.

Im Personalamt werden u.a. im Stammbudget 755 Tsd. Euro eingespart, z.B. zwei Stellen im vormaligen höheren allgemeinen Verwaltungsdienst (A 14 u. A 15). Die Betriebszuschüsse zum Wirtschaftsplan des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF) werden um 386 Tsd. Euro und diejenigen zum Wirtschaftsplan des Zentrums für Personaldienste um 532 Tsd. Euro abgesenkt.

### **Einzelplan 1.2 – 1.8: Bezirke**

Die Bezirksämter werden einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von gesamt 10,294 Mio. Euro beitragen, zum einen durch Straffung und Neukonzeption behördlicher Abläufe mit einem Volumen von rd. 5,1 Mio. Euro und zum anderen durch Änderung der Einnahmesituation (rd. 5,2 Mio. Euro).

### **Einzelplan 2: Justizbehörde**

Der Anteil des Justizhaushaltes an der Konsolidierung des Gesamthaushaltes beträgt rd. 11,1 Mio. Euro. Dieser wird im Wesentlichen dadurch erbracht werden, dass:

1. die Arbeitsstelle Vielfalt verkleinert wird,

2. zusätzliche Erlöse im Rahmen der Vermögensabschöpfung dem Haushalt in den kommenden Jahren zugeführt werden,
3. Kooperationsvorhaben mit anderen Bundesländern im Bereich des Datenschutzes und des Justizvollzuges umgesetzt werden sollen,
4. auf Initiative Hamburgs die Änderung bundesgesetzlicher Vorschriften im Bereich
  - des Gerichtskostenrechtes,
  - der Gerichtsorganisation zur Schaffung einer einheitlichen Fachgerichtsbarkeit,
  - der Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaft und der Zivilgerichte,vollzogen wird.

### **Einzelplan 3.1: Behörde für Schule und Berufsbildung**

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) wird im Betriebshaushalt eine Konsolidierungsleistung in Höhe von rund 68 Mio. Euro jährlich erbringen. Der Haushalt der BSB hat (Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2011) ein Gesamtvolumen von rund 1,9 Milliarden Euro, das nahezu vollständig dem Betriebshaushalt zuzuordnen ist. Die Konsolidierungsbeiträge der BSB setzen sich wie folgt zusammen:

#### **Veränderte Mittelbedarfe durch die Nichteinführung der Primarschule**

Ein Teil der Mittel, die für die Einführung der Primarschule vorgesehen waren, werden nicht in Anspruch genommen. Die Absenkung der Basisfrequenzen in den Klassen 5 und 6 auf die niedrigen Basisfrequenzen der Grundschulen entfällt. Der Anrechnungsfaktor für den Unterricht in Klasse 4, der wegen des in der Primarschule vorgesehenen Fachunterrichts erhöht worden war, wird mit dem Schuljahr 2011/12 wieder zurückgenommen. Die Schulleiterbesoldung wird wegen der kleineren Grundschulen weniger Kosten verursachen. Zudem werden zusätzliche Mittel für Unterrichtsentwicklung, Fortbildung und Teamentwicklung, die für die Primarschule geplant waren, zurückgeführt.

Aus der von der Bürgerschaft am 15.09.2010 beschlossenen Änderung des Schulgesetzes ergeben sich allerdings zusätzliche Kosten, die gegengerechnet werden müssen. So wird ab dem Schuljahr 2011/12 die Basisfrequenz in den 5. und 6. Klassen der Stadtteilschulen von 24 auf 21 Schülerinnen und Schüler abgesenkt. Die diesbezüglichen Haushaltsentlastungen in Höhe von 11,4 Mio. Euro (2011) bzw. 24,7 Mio. Euro (2012) stehen zusätzliche Kosten in Höhe von 2,9 bzw. 8,2 Mio. Euro gegenüber, so dass sich eine Entlastung des Haushalts in Höhe von

**8,5 Mio. (2011)**  
**und 16,5 Mio. Euro (2012)**  
ergibt.

Für den jetzt entfallenden Ausbau der Primarschulen, die in der Regel mindestens dreizügig mit sechs Klassenstufen geführt werden sollten, war mit zusätzlichen Mitteln gerechnet worden. Entsprechend werden geringere Mietmittel in Anspruch genommen in Höhe von

**22 Mio. Euro (2011)**  
**41 Mio. Euro (2012).**

## **Umstellung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft**

Aus Anlass der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in § 12 des Schulgesetzes, des Ausbaus der Ganztagschulen sowie der Umorganisation des Schulbaus wird eine Umstellung des Systems der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft notwendig. Dabei soll von der pauschalen Abrechnung nach einem durchschnittlichen Schülerkostensatz zu einer leistungsbezogenen Berechnung übergegangen werden.

Bei der Umstellung soll der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft entsprechend dem an staatlichen Schulen geltenden Sozialindex stärker Rechnung getragen werden (z.B. im Bezug auf die Sprachförderung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund). Im Bereich der beruflichen Schulen in privater Trägerschaft sollen die Schülerinnen und Schüler durch ein verbessertes Controlling und eine unterjährige schulgenaue Nachsteuerung nur so lange finanziert werden, wie sie tatsächlich an diesen Schulen unterrichtet werden. Zudem wird vor dem Hintergrund der Umsteuerung des Übergangsystems Schule – Ausbildung eine Neuausrichtung und Straffung der Bildungsangebote erfolgen.

Es wird erwartet, dass sich die Aufwendungen um rund

**7,7 Mio. Euro (2012)**

reduzieren lassen.

Zur Konkretisierung der Umstellungen wird die Schulbehörde eine Kommission einsetzen, der auch die Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft angehören.

## **Aufwandgerechter Ausgleich im Bereich der Gastschüler**

Es ist davon auszugehen, dass die laufenden Bemühungen um ein Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein zu erhöhten Erstattungen für in Hamburg beschulte Gastschüler führen werden. Im Ergebnis sollen dabei mindestens 20,5 Mio. Euro als aufwandgerechter Ausgleich von Schleswig-Holstein an Hamburg gezahlt werden. Auf dieser Basis kann der allgemeine Haushalt um weitere

**1 Mio. Euro (2011)**

**2 Mio. Euro (2012)**

entlastet werden.

## **Reduzierung von Personalkosten**

Die BSB wird in den folgenden Jahren außerhalb des Lehrerstellenplans durch behördeninterne Regelungen das Personalkostenvolumen in der Verwaltung reduzieren. Hierzu zählen neben der Streichung von Stellen auch eine verlängerte Vakanzhaltung sowie die schrittweise Neubewertung einzelner Funktionsstellen. Durch diese Maßnahmen soll der Haushalt um

**800 Tsd. Euro pro Jahr**

entlastet werden.

## **Reorganisation außerschulische Berufsbildung**

Durch Reorganisation im Bereich der außerschulischen Berufsbildung werden die Ausgaben um

**350 Tsd. Euro pro Jahr**

abgesenkt.

Durch die genannten Maßnahmen wird der Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 68,35 Mio. Euro ab 2012 vollständig und nachhaltig erbracht.

Aufgrund der Bindungen, die für das Schuljahr 2010/11 bereits vorgenommen wurden, lassen sich strukturelle, also auf Dauer wirksame Maßnahmen für 2011 in Höhe von 32,65 Mio. Euro realisieren. Es wird daher für dieses Jahr eine globale Minderausgabe in Höhe von rund 35 Mio. Euro ausgebracht, die durch einmalige Einsparungen konkretisiert wird.

### **Einzelplan 3.2: Behörde für Wissenschaft und Forschung**

Wissenschaft und Forschung sind von elementarer Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt, für Wohlstand und Wachstum. Deswegen wird in den Kernbereichen von Lehre und Forschung nicht gespart.

Unsere Hamburger Hochschulen stellen mit ihren mehr als 11.000 Mitarbeitern, über 75.000 Studierenden und jährlich ca. 160 Mio. Euro Drittmiteinnahmen mit steigender Tendenz schon heute einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor dar, sie schaffen aber auch ein hohes Potential für neue Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit und stehen damit am Anfang der Wertschöpfungskette.

Aus diesem Grunde sind öffentliche Investitionen in Forschung und Bildung auch in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten unverzichtbar; sie bilden das Fundament, auf dem wir stehen. Deshalb wurde auch der Bereich von Forschung und Lehre bewusst von den Konsolidierungsbemühungen ausgenommen, die Zuwendungen an die staatlichen Hochschulen wurden nicht angefasst.

Beteiligt werden die Hochschulen jedoch an den Anstrengungen des Senats, die Verwaltung in der Stadt zu straffen und effizienter zu gestalten. Im Gegenzug dazu sollen die Verwaltungen von unnötigem Berichts- und Verwaltungsaufwand befreit werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen des Senats zu sehen, die Autonomie der Hochschulen auszubauen und ihren Gestaltungsraum in eigener Verantwortung zu erhöhen.

Zu den die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) betreffenden Maßnahmen zählen im Einzelnen:

- Konsolidierung der staatlichen Ausgaben bei der Studienfinanzierung und der Förderung des Studierendenwerkes (2011: 7,6 Mio. Euro; ab 2012: ca. 10 Mio. Euro).
- Absenkung der Zuwendungen an von der BWF geförderte wissenschaftliche Einrichtungen in Höhe von 10 %, die staatlichen Hochschulen und die Bund-Länder-finanzierten Forschungsinstitute sind davon ausgenommen (2011: 0,5 Mio. Euro, ab 2012: 0,7 Mio. Euro).
- Effizienzdividende in Höhe von 5 Mio. Euro bei den Verwaltungen der Hochschulen. An der Erbringung dieses Betrags beteiligt sich auch die BWF.
- Integration der Arbeit des Therapiezentrums für Suizidgefährdete in die neue Psychiatrie des UKE ab Fertigstellung des Neubaus (ab 2012, Volumen: 0,075 Mio. Euro).
- Keine Kürzungen gegenüber der Veranschlagung nach der letzten Senatsklausur bei der Forschungs- und Wissenschaftsstiftung. Sie erhält wie vorgesehen in den kommenden Jahren 11 Mio. Euro, ab 2015 15 Mio. Euro.

### **Einzelplan 3.3: Behörde für Kultur, Sport und Medien**

Kultur ist auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ein unverzichtbares Gut für die Kreativität und Innovation in der Stadt.

Die Vielfalt der Hamburger Kulturszene trägt ganz wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt bei. Deswegen wird es keine flächendeckenden Einschnitte in Hamburgs lebendige Kulturszene geben, sondern auf einige wenige Bereiche fokussiert werden. So sind etwa die Club-Szene, die Film-Förderung, die Kreativ-Szene und die Stadtteilkultur von den notwendigen Einsparungen vollständig ausgenommen. Aber auch die Kultur kann sich den allgemeinen Sparbemühungen nicht entziehen. Daher werden einzelne Einrichtungen mit geringeren Aufwendungen auskommen müssen. Die Hamburger Kultureinrichtungen werden jedoch auch in Zukunft qualitativ hochwertige Angebote an die kulturinteressierten Hamburger und Touristen machen. Im Medienbereich gibt es keine Einsparungen. Das ist ein wichtiges Zeichen für den Medienstandort Hamburg.

- **Altonaer Museum**

Die Stiftung Historische Museen in Hamburg wird sich künftig auf drei Standorte konzentrieren. Das Altonaer Museum wird als Teil der Zusammenführung der historischen Museen in 2011 geschlossen. Davon unberührt bleiben das Jenisch-Haus und das Rieck-Haus. Die Sammlung wird erhalten. Im Zuge des stattfindenden Reformprozesses wird ermittelt, an welchen Standorten die Exponate des Altonaer Museums gezeigt werden. Durch die Schließung des Altonaer Museums ergeben sich Kostenreduzierungen in Höhe von 3,445 Mio. Euro. Die damit erzielte Einsparung ermöglicht es, die anderen Museen von Konsolidierungsmaßnahmen auszunehmen. Die durch die Schließung notwendigen Personaleinsparungen werden sozialverträglich vorgenommen.

- Die Hamburger Öffentliche Bücherhallen (HÖB) sind der zweitgrößte Zuwendungsempfänger innerhalb des Haushalts der Behörde. Sie haben gleichzeitig die niedrigste Deckungsquote. Die Zuwendungen an die HÖB werden für 2011 und 2012 um 1 Mio. Euro reduziert. Für 2013 und 2014 sind 1,5 Mio. Euro vorgesehen. Dieser Betrag wird teilweise durch eine Anhebung der Gebühren, teilweise durch eine Reduzierung der Öffnungszeiten ausgeglichen. Zu Standortschließungen als Folge dieser Sparmaßnahmen wird es nicht kommen. Damit reagieren die HÖB auch auf die sich durch die immer stärker zunehmende Digitalisierung (Stichwort: E-Books) abzeichnenden veränderten Lesegewohnheiten.

- **Deutsches Schauspielhaus**

Die Zuwendungen für das Deutsche Schauspielhaus werden um 1,22 Mio. Euro pro Jahr gekürzt. Diese Kürzungen werden mit Beginn der Spielzeit 2011/12 wirksam. Damit liegen die Zuwendungen für das Deutsche Schauspielhaus weiterhin etwa 1 Mio. Euro über denen des Thalia Theaters. Die beiden anderen Staatstheater können auf diese Weise ebenso mit einer konstanten Zuwendungshöhe rechnen wie Kampnagel.

- **Privattheater**

Die zuletzt zur Spielzeit 2009/2010 vorgenommene Erhöhung der Zuschüsse an die Privattheater wird teilweise ausgesetzt. Dies bringt Einsparungen von 497 Tsd. Euro. Auch diese Einsparungen werden mit Beginn der Spielzeit 2011/12 wirksam.

- **Elbphilharmonie/HamburgMusik gGmbH**

Die Spielbetriebszuschüsse zur Elbphilharmonie werden auch wegen verspäteter Fertigstellung der Elbphilharmonie in den kommenden Spielzeiten um jeweils 200 Tsd. Euro reduziert.

- Reduzierung der Verwaltungskosten

Die Behörde für Kultur und Medien erbringt durch Einsparungen in der Verwaltung einen eigenen Konsolidierungsbeitrag, der gemessen an den Gesamtausgaben höher ausfällt als der Beitrag der Kultureinrichtungen. Durch die Aufgabe eines Standorts und die Zusammenlegung von Aufgaben erzielt die Behörde eigene Einsparungen in Höhe von 400 Tsd. Euro.

#### **Einzelplan: 4: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Auch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) trägt zur Haushaltskonsolidierung bei. Allerdings hat der Senat beschlossen, hier nicht die volle Quote in der ursprünglichen Höhe von 72 Mio. Euro zu realisieren.

Damit wurde bewusst auf Eingriffe in die soziale Infrastruktur der Stadt sowie auf strukturelle Kürzungen bei Angeboten verzichtet, die insbesondere der Prävention oder der Überwindung von sozialen Problemlagen dienen. So bleiben beispielsweise die wichtigen bezirklichen Angebote der Elternschulen, der Mütterberatung, sowie der Schulärztliche Dienst unangetastet, lediglich die Frequenz der schulzahnärztlichen Untersuchungen wird reduziert (Einsparung **0,37 Mio. Euro**). Auch die Ansätze für die offene Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger in den Hamburger Stadtteilen werden nicht gekürzt.

Ebenfalls von den neuen Sparvorgaben ausgenommen ist die Kindertagesbetreuung einschließlich der Kita-Inspektion. Die Stadt wird auch in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 wieder mehr Geld für die Kindertagesstätten ausgeben als in den Vorjahren. Lag der finanzielle Aufwand der Stadt im Doppelhaushalt 2009/2010 noch bei rund **924 Mio. Euro**, steigt er im neuen Doppelhaushalt 2011/2012 auf insgesamt **969 Mio. Euro**. Hinzu kommen werden künftige Kosten- und Tarifsteigerungen in den Kitas, für die zusätzlich Vorsorge in zentralen Titeln der Finanzbehörde getroffen worden ist. Ab 2013 sind durch Einführung des Rechtsanspruches auf Kindertagesbetreuung ab dem ersten Geburtstag strukturelle Mehrkosten von jährlich mindestens **13 Mio. Euro** zu erwarten. Mit den Planungen bekräftigt der Senat seine Zusage, die für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung in Hamburg erforderlichen Mittel auch in der gegenwärtigen, sehr schwierigen Haushaltslage bereitzustellen.

Deutlich entlastend im Sozialhaushalt wirken sich die erfolgreichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Hamburg aus: Die BSG rechnet insbesondere im Bereich der Kosten der Unterkunft (KdU) mit deutlich geringeren Fallzahlen als noch im Herbst des vergangenen Jahres befürchtet, so dass Minderausgaben in Höhe von **22,4 Mio. Euro** in 2011 und **14,5 Mio. Euro** für 2012 prognostiziert werden.

Um in Hamburg gegen überhöhte Mieten vor allem bei sehr kleinen Wohnungen wirksamer vorzugehen, will der Senat außerdem die von der Bundesregierung angekündigte Verordnungsermächtigung zur lokalen Regelung der KdU entschlossen nutzen: Dann können rechtssichere lokale Quadratmeterhöchstpreise für die Wohnungen von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern eingeführt und in einem Sonderprojekt die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft stärker kontrolliert werden. Durch dieses Vorgehen will die Behörde Einsparungen bei den KdU von **4,2 Mio. Euro** im Jahr 2011 sowie **8,9 Mio. Euro** im Jahr 2012 erzielen. Gleichzeitig wird damit dem preissteigernden Effekt der quasi staatlich garantierten „KdU-Miete“ auch im freien Wohnungsmarkt entgegengewirkt.

Auch bei Personal und Sachaufwand der Behörde ist durch Aufgabenkritik und strikte Haushaltsdisziplin sowie aktualisierte Prognosen der Rotstift angesetzt worden: Die BSG wird dafür im kommenden Jahr rd. **8,4 Mio. Euro** sowie 2012 strukturell **21 Mio. Euro** weniger benötigen.

Durch angestrebte Änderungen von Bundesgesetzen erwartet die BSG im Jahr 2011 **7,1 Mio. Euro** sowie langfristig strukturell **14,2 Mio. Euro** Erleichterungen für ihren Haushalt.

Durch Einnahmeverbesserungen, zum Beispiel beim Veterinäramt Grenzdienst im Hafen, und durch das „In-Die-Pflicht-Nehmen“ vorrangiger Kostenträger, zum Beispiel in der Krankenhilfe und durch die Überführung der Diamorphinbehandlung in die Regelversorgung, können ab 2011 strukturell **ca. 3 Mio. Euro** weniger ausgegeben werden.

Doch auch Leistungseinschränkungen bei zusätzlichen bzw. freiwilligen Hamburger Leistungen sind nicht komplett zu vermeiden: So wird die Übernahme der Betreuungszuschläge im Service Wohnen (ehemals betreutes Wohnen) anders als bisher nicht mehr über die Altenhilfe nach § 71 SGB XII, sondern wie auch in anderen Kommunen künftig nach den Sozialhilferegeln als Mietnebenleistungen über die Grundsicherung bzw. die KdU erstattet, so dass sich der Bund stärker an den Kosten beteiligt. Das erspart **70 Tsd. Euro** im Jahr 2011 und **150 Tsd. Euro** im Jahr 2012. Die Regelung soll ab 2011 insbesondere für Neufälle gelten (Besitzstandswahrung).

Auch der zusätzliche pauschale Zuschuss an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Höhe von **430 Tsd. Euro** im Jahr kann nicht erhalten werden. Nicht betroffen sind die einzelnen Träger bzw. Projekte der Freien Wohlfahrtspflege, die auch weiterhin über die Sachkostenpauschalen Geld für ihren „Overhead“ erhalten, wozu auch Verbandsbeiträge zählen.

Moderat angepasst wird der Ansatz zur Förderung der überregionalen Jugendverbände von 8,67 Mio. Euro in 2010 auf 8,5 Millionen Euro (minus **167 Tsd. Euro**) ab 2011 (entspricht zwei Prozent). Hier sollen die Details mit den betroffenen Trägern gemeinsam abgestimmt werden. Darüber hinaus läuft die Gewährung von Zuschüssen (10-12 Euro pro Tag) für Familienreisen und der damit verbundene hohe bürokratische Aufwand aus (**188 Tsd. Euro**, zuletzt nur noch rd. 300 Familien). Eine Reduzierung gibt es bei der Förderung der Gesundheitswirtschaft (**500 Tsd. Euro**) und eine geringe Absenkung ist beim Zuschuss an die Verbraucherzentrale (**26 Tsd. Euro**) vorgesehen.

## **Einzelplan: 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

Im Betriebshaushalt der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) werden jährlich nochmals rund 10,5 Mio. Euro eingespart. Bei den Kürzungen wurde insbesondere darauf geachtet, dass diese nicht zulasten des Wohnungsbaus, der Substanzerhaltung der städtischen Infrastruktur und eines wirksamen Klima- und Umweltschutzes gehen.

Die größten Ansatzreduzierungen werden mit je 2,5 Mio. Euro bei der Hamburgischen Quartiersoffensive und dem Hamburgischen Stadtentwicklungsprogramm vorgenommen. Diese Reduzierungen werden zum einen durch eine bessere Koordinierung der Stadtteilentwicklung im Rahmen des vom Senat neu geschaffenen Rahmenprogramms Integrierter Stadtteilentwicklung (RISE) möglich, wodurch eine Bündelung

von Aktivitäten in den Stadtteilen erreicht werden konnte. Zum anderen ist auch angesichts von Haushaltsresten in den Vorjahren damit zu rechnen, dass das Senatsprogramm RISE ohne große Substanzverluste fortgeführt werden kann. Insgesamt gesehen bleiben die Haushaltstitel der Stadtteilentwicklung mit jährlich rund 25 Mio. Euro im Vergleich zu anderen Bundesländern gut ausgestattet. Weitere rund 1 Mio. Euro können im Haushalt der BSU jährlich bei der Zuweisung für Wohngeld infolge der vom Bund beabsichtigten Wohngeldnovelle eingespart werden.

Weitere rund 1,6 Mio. Euro werden im Haushalt der BSU durch Einsparungen beim Personal erbracht. Mit rund 1,1 Mio. weniger Honorar für Aufträge müssen künftig die Landesbetriebe für Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) und Geoinformation und Vermessung (LGV) auskommen.

Keine Kürzungen wurden im Bereich der Wohnungsbauförderung vorgenommen, um weiterhin deutliche Anreize für den Bau neuer Wohnungen zu geben. Auch bei der notwendigen Substanzerhaltung der Infrastruktur in Hamburg sind keine Sparmaßnahmen beschlossen worden.

Fortgeschrieben wird das Klimaschutzkonzept des Senates. Damit bleibt auch der wirksame Klima- und Umweltschutz ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der BSU. Bisher standen hier jährlich 25 Mio. Euro für über 300 Einzelprojekte zur Verfügung. Nach einer ersten Kürzung um 1 Mio. Euro im November letzten Jahres wurde der Ansatz für den kommenden Haushalt nochmal um eine halbe Million Euro auf jetzt 23,5 Mio. Euro in 2011 reduziert.

Die weiteren Einsparungen erfolgen bei verschiedenen Titeln in den Sach- und Fachausgaben wie zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerben, Planungsleistungen usw.

## **Einzelplan 7: Behörde für Wirtschaft und Arbeit**

**Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) spart jährlich 3,6 Mio. Euro ein, die sich im Wesentlichen auf folgende Punkte verteilen:**

Die **Arbeitsmarktpolitik** der Behörde für Wirtschaft und Arbeit ist von den Haushaltseinsparungen nicht ausgenommen: Der Ansatz für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wird jährlich um rund 1,8 Mio. Euro gekürzt.

Auf Grundlage des bestehenden Koalitionsvertrages wird die Behörde für Wirtschaft und Arbeit die hierfür erforderlichen Umsteuerungen so vornehmen, dass Hamburger Arbeitslose weiterhin optimal unterstützt werden, um in Arbeit zu kommen. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit setzt sich dafür ein, zusätzliche Mittel zu gewinnen, um Hamburger Einsparungen zu kompensieren.

Beispiele:

- Mit der ergänzenden Förderung von 200 Bürgerarbeitsplätzen in Hamburg wirbt die Behörde für Wirtschaft und Arbeit zusätzliche Mittel des Bundes ein, die nicht von den angekündigten Einsparungen auf Bundesebene bedroht sind.
- Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird zukünftig noch stärker versucht EU-Mittel aus Brüssel besser zu nutzen.

## **Personal**

Die Wirtschaftsbehörde wird ihre Personalausgaben um rd. 350 Tsd. Euro entsprechend 7,5 Planstellen verringern. Dies wird insbesondere durch Straffungen und effizientere Aufgabenwahrnehmungen erreicht. Im Rahmen der üblichen Personalfuktuation wird es keine Entlassungen geben.

## **Clusterpolitik**

Der Senat wird weiterhin mit vollem Einsatz die wirtschaftspolitische Spitzenstellung Hamburgs in den Bereichen Technologie, Logistik und Industrie fördern. Im Fokus stehen dabei enge Kooperationen mit der Wirtschaft und den Nachbarländern in den Clustern, insbesondere bei Hafen und Logistik, der Luftfahrtindustrie sowie der Maritimen Industrie. Außerdem werden die InnovationsAllianz für Hamburg und der Masterplan Industrie weiter entwickelt und über die Handels- und Dienstleistungsförderung aktive Mittelstandspolitik betrieben.

Insgesamt 325 Tsd. Euro werden beim Luftfahrtcluster eingespart. Dieses Cluster hat sich in den letzten Jahren besonders erfolgreich entwickelt. Durch das herausragende Engagement der Unternehmen der Luftfahrtindustrie, gibt es jetzt die Möglichkeit die hohen städtischen Anlaufinvestitionen etwas zu reduzieren.

## **Wirtschaftsförderung/Standortmarketing**

Die Stadt wird die Aktivitäten der Marketinggesellschaften in ihrer Marketing Holding künftig effizienter verzahnen, um Synergien zu heben. Die städtischen Zuschüsse für die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sowie die Hamburg Marketing GmbH werden vor diesem Hintergrund um insgesamt 225 Tsd. Euro reduziert.

## **Einzelplan 8.1: Behörde für Inneres**

Auf die Behörde für Inneres (Bfi) entfällt ein Konsolidierungsbeitrag von insgesamt ca.120 Mio. Euro, der sich im Wesentlichen wie folgt aufteilt:

### **Für den Bereich der Polizei:**

1. In verschiedenen Stäben und Verwaltungsbereichen der Polizei sollen Aufgaben gestrafft und insgesamt ca. 40 Stellen eingespart werden.
2. Die Fahrradstaffel der Polizei mit fünf Polizeibeamten wird aufgelöst.
3. Es ist vorgesehen, eine Kostenbeteiligung bei leichten Verkehrsunfällen nach dem Verursacherprinzip einzuführen, die letztlich von den Versicherungen übernommen werden soll.
4. Es ist vorgesehen, dass ab 2012 kommerzielle Veranstalter von Großveranstaltungen, bei denen mindestens 5.000 Besucher eine Eintrittskarte erworben haben, an den Kosten von Polizeieinsätzen beteiligt werden. Dieses Thema wird von Hamburg umgehend in die Innenministerkonferenz eingebracht, um mit anderen Bundesländern über eine entsprechende Regelung Einvernehmen zu erzielen.

5. Der Verkehrsunterricht der Polizei in den Schulen wird weiter auf dem bisherigen Niveau gewährleistet. Der Verkehrskasper und die Jugendverkehrsschule bleiben unberührt. Allerdings soll zukünftig teilweise auf die Doppelbetreuung der Kinder durch Lehrkräfte und Polizisten verzichtet werden.
6. Der Plakatwettbewerb der Polizeiverkehrslehrer wird eingestellt.
7. Die Diensthundeschule wird in ihrer jetzigen Form nicht weiter bestehen. Geplant ist, auf eine weitere Ausbildung von Diensthunden zu verzichten und stattdessen ausgebildete Hunde zu erwerben.
8. Die Zahl der Polizeiposten in den Vier- und Marschlanden wird nach Ausscheiden der Amtsinhaber reduziert. Stattdessen wird die Bildung einer Außenstelle angestrebt.

#### **Für den Bereich der Feuerwehr:**

9. Die Gebühren für Rettungsdienstesätze der Feuerwehr werden entsprechend der Kostenentwicklung erhöht. Dies ist bereits einvernehmlich mit den Krankenkassen verhandelt worden.
10. Die Gebühren im Feuerlöschwesen werden in verschiedenen Positionen erhöht.

#### **Durch Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern:**

11. Hinsichtlich der Hubschrauberstaffel der Polizei wird eine Kooperation mit Niedersachsen angestrebt.
12. Eine Kooperation der Hochschule der Polizei sowie der Feuerwehrakademie Hamburg (Landesfeuerwehrschule) mit anderen Einrichtungen im norddeutschen Raum wird angestrebt, um Aufwendungen zu reduzieren.

#### **Sonstige Bereiche der Behörde für Inneres:**

13. Bei Wahlen wird ein verstärkter Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes als Wahlhelfer angestrebt. Diese sollen für einen Zeitraum bis zu drei Tagen von ihrer Arbeit freigestellt werden bzw. für den Sonntag einen freien Tag erhalten. Die Aufwandsentschädigungen, das so genannte „Erfrischungsgeld“, werden in diesem Zusammenhang auf 20 Euro je Auszählungstag herabgesetzt.
14. Für den Fuhrpark der Verwaltung soll ein einheitliches Management eingeführt werden. Die Aufgabe soll dem Landesbetrieb Verkehr übertragen werden. Die Fuhrparks der hamburgischen Fachbehörden, Bezirksämter und Landesbetriebe umfassen zurzeit, ohne Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr, ca. 1.400 Fahrzeuge.
15. Durch eine höhere Effizienz bei der Produktion von Statistiken soll der Zuschuss an das gemeinsame Statistische Amt der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein strukturell abgesenkt werden.

16. Im Amt für Innere Verwaltung und Planung, einschließlich der Präsidialabteilung der Behörde für Inneres, der Feuerwehr, des Einwohner-Zentralamtes sowie im Landesamt für Verfassungsschutz sollen durch Stellenstreichungen insgesamt ca. 1,2 Mio. Euro eingespart werden.
17. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Haushaltswesens ist es zu einer Umstellung der Veranschlagung bei den Personal- bzw. Nebenkosten im Umfang von 8 Mio. Euro gekommen, die der Behörde für Inneres positiv angerechnet werden.

### **Einzelplan 9.1: Finanzbehörde**

Die Finanzbehörde wird einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von insgesamt **9, 127 Mio. Euro** pro Jahr beitragen. Dieser Betrag lässt sich im Wesentlichen in zwei Kategorien einteilen:

- Allgemeine Verschlanung / Straffung behördlicher Abläufe mit mehr als 20 konkreten Teilmaßnahmen zur Effizienzsteigerung mit einem Volumen von **rd. 2,9 Mio. Euro**
- Erhöhung von Steuereinnahmen durch die Einstellung von sechs neuen Steuerfahndern und Intensivierung von Außenprüfungen mit einem Volumen von **rd. 6,2 Mio. Euro**

### **Einzelplan 9.2: Allgemeine Finanzverwaltung**

Die allgemeine Finanzverwaltung erbringt einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von **10,996 Mio. Euro** pro Jahr, indem zentrale Vorsorgetitel zur Abfederung von finanziellen Risiken der Behörden (z.B. Prognoserisiken, Preisentwicklung) zurückgeführt werden.

## **B) Maßnahmen im Bereich Zukunftssicherungskommission**

„Der Senat hatte im Juni 2010 eine Kommission mit dem Ziel eingesetzt, zusätzlich zu den Behördeneinsparungen weitere strukturelle Haushaltsentlastungen durch Effektivierung und Verschlanung von Verwaltungsstrukturen, Verringerung der Politikkosten und Stärkung der Norddeutschen Kooperation zu identifizieren. Der Zukunftssicherungskommission unter Leitung des Finanzsenators gehörten die Senatoren Hajduk und Wersich, die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen Schira und Kerstan, der frühere Stadtentwicklungssenator Dr. Maier, der frühere Vorstandsvorsitzende der Sprinkenhof AG Herr Ehlers sowie der Finanzvorstand der HHLA AG Dr. Lappin an. Nach Abschluss der Prüfungen wurden dem Senat rd. 45 Konsolidierungsvorschläge für die Haushaltsberatungen vorgelegt, die in der überwiegenden Zahl durch den Senat bestätigt wurden. Zu den geplanten Maßnahmen gehören u.a.:

- **Zusammenführung der sieben bezirklichen Tiefbau- und Grüneinheiten aus dem Fachamt Management des öffentlichen Raumes zu einer zentralen Tiefbau- und Grüneinheit im Landesbetrieb „Straßen, Brücken, Gewässer“ (LSBG) zur Hebung von Synergiepotenzialen im Personalbereich:** Sichergestellt wird der Einfluss der Bezirksverwaltung auf Planung und Gestaltung des bezirklichen öffentlichen Raumes z.B. durch Einführung eines Auftraggeber- Auftragnehmer-

Verhältnisses. Geplant ist, die Unterhaltungsmittel in Form der Rahmenzuweisungen bei den Bezirksämtern dezentral zu belassen (Potenzielles Entlastungsvolumen: rd. 3,8 Mio. Euro).

- **Bildung eines „Shared Service Einkauf“ mit dem Ziel, die Einkaufsprozesse der Verwaltung aus derzeit elf Beschaffungsstellen an einer Stelle bei der Finanzbehörde zu bündeln, zu standardisieren und zu professionalisieren** (Potenzielles Entlastungsvolumen: rd. 1 Mio. Euro 2011 aufwachsend auf rd. 5,5 Mio. Euro 2014).
- **Im Bereich der Intensivierung der norddeutschen Zusammenarbeit die Zusammenlegung von Obergerichten mit Schleswig-Holstein um bestehende Synergie- und Einspareffekte insbesondere im Bereich der Gerichtsverwaltungen zu nutzen.**
- **Einsparung durch Verdichtung der Raumbelugung in Folge von Telearbeit, Teilzeittätigkeit u.a.:** Vorhandene Verdichtungspotentiale sollen genutzt werden, um die Flächenwirtschaftlichkeit zu erhöhen. Deshalb werden sämtliche Büroanmietungen der FHH einer Potentialanalyse unterzogen. In der Verwaltung gibt es ca. 14.700 Büroarbeitsplätze. Bei einem Abbau von 10%, der schrittweise innerhalb von vier Jahren erfolgt, können Einsparungen bis 2014 aufwachsend auf rd. 12,6 Mio. Euro erzielt werden (Entlastung 2011: 3,1 Mio. Euro).
- **Zentralisierung der fachlichen Abwicklung für die endgültige Herstellung von Anliegerstraßen und Abrechnung bei der BSU:** Die derzeitige Vielzahl beteiligter Stellen (Bezirke – Planung und Bau der Anliegerstraßen, BSU – Einwerbung der Mittel, Rechts- und Fachaufsicht über die Bezirke, Finanzbehörde – Dienstaufsicht über die Bezirke, zentrale Erhebung von Erschließungs- und Ausbaubeiträgen) hat dazu geführt, dass Erschließungsbeiträge in Millionenhöhe ausstehen, weil rd. 1.300 Straßen nicht endgültig hergestellt sind und deshalb bei den Anliegern nicht abgerechnet werden können. Ziel ist, diese Straßen so schnell wie möglich fertig zu stellen und die Erschließungsbeiträge zu erheben (Entlastung: 1,5 Mio. Euro p.a.).

Mit einem Gesamtentlastungsvolumen von knapp 109 Mio. Euro im Jahr 2014 ist die Zielvorgabe von 100 Mio. Euro erreicht worden. In den Jahren 2011 bis 2013 wächst der maximale Gesamtumfang der Maßnahmen zur Verwaltungsverschlinkung von rd. 21 Mio. Euro, über rd. 31 Mio. Euro bis auf rd. 63 Mio. Euro kontinuierlich auf. Zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs ist vorgesehen, diese temporäre Lücke in den Jahren 2011-2013 durch Rückgriff auf Einmaleffekte zu schließen. Angesichts der stark anziehenden Konjunktur verdichten sich die Hinweise, dass es bei den Hamburg verbleibenden Steuern, die der Konjunktur regelmäßig zeitverzögert nachlaufen, im kommenden Jahr zu Einnahmeverbesserungen gegenüber der Planung kommen wird. Sollte es erforderlich sein, könnten diese Mehreinnahmen zur Deckung der temporären Lücke verwendet werden.

Angestrebt wird eine grundlegende Neuordnung der hamburgischen Verwaltung mit den Zielen

- konsequente Bürgerorientierung und Bürgernähe,
- Schaffung effizienter Strukturen und Abläufe,
- verbesserte Steuerung ministerieller und operativer Aufgaben und
- Wahrung der Beteiligungsrechte der Bezirksversammlungen

Zur Erarbeitung eines konkreten inhaltlichen Zielbildes und Prozessstrukturierung hat der Senat eine Folgekommission eingesetzt, der neben dem Finanzsenator, die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, der Staatsrat der Senatskanzlei und weitere Fachleute angehören werden. Geplant ist die Vorlage dieses Zielbildes zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs in die Bürgerschaft.

Länderübergreifende Kooperationsprojekte ebenso wie strukturelle bzw. organisationsübergreifende Vorhaben, die Hamburg internen Charakter haben, nehmen grundsätzlich längere Vorlauf- und Umsetzungszeiträume in Anspruch. Vor diesem Hintergrund war allen Beteiligten klar, dass die Maßnahmen ihre strukturelle Konsolidierungswirkung erst mittelfristig vollständig entfalten können, um dann das Zielvolumen zu realisieren.“

### **C) Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Unternehmen**

Die Hamburger öffentlichen Unternehmen werden in den Jahren 2011 und 2012 ihren Konsolidierungsbeitrag über Mehreinnahmen von **50 Mio. Euro** durch Konzerneffekte innerhalb der Konzernstruktur der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement in voller Höhe erbringen.

#### Rückfragen:

Kristin Breuer

Sprecherin des Senats

Tel.: 040 / 428 31 – 22 43

Mail. [Kristin.Breuer@sk.hamburg.de](mailto:Kristin.Breuer@sk.hamburg.de)

Markus Kamrad

Stellv. Sprecher des Senats

Tel.: 040 / 428 31 – 22 41

Mail. [Markus.Kamrad@sk.hamburg.de](mailto:Markus.Kamrad@sk.hamburg.de)

20.09.2010/bwa20

## Hamburg führt europäische Hafenkooperation an

**Häfen aus ganz Europa entwickeln Lösungen für EDV-Vernetzung und mehr Umschlagseffizienz. EU finanziert Hamburger Konzept mit 1,4 Millionen Euro**

Der Hamburger Hafen nimmt zusammen mit 13 weiteren europäischen Häfen am EU-Förderprojekt Port Integration teil. Das Konzept der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Hamburg Port Authority setzte sich im Rahmen einer Ausschreibung gegen rund 400 europäische Mitbewerber durch. In den kommenden drei Jahren werden Experten aus den Häfen von Hamburg, Antwerpen, Essex, Valencia, Marseille, Genua, Ancona, Tallinn, Riga, Klaipeda und Kaliningrad gemeinsam an Strategien und Leitfäden arbeiten, um den Güterumschlag und den Seeverkehr zu optimieren.

Die Fördersumme in Höhe von 1,4 Millionen Euro stammt aus dem europäischen Förderprogramm Interreg IVC. Das besondere dabei: das Projekt vereint erstmals Partner aus dem Mittelmeer sowie der Nord- und Ostsee. „Wir können so eine gesamteuropäische Perspektive erarbeiten“, so Michael Stange, Projektleiter.

**Am 23. September 2010 um 11:30 Uhr wird im kleinen Sitzungssaal der HPA die Eröffnungskonferenz des Projekts stattfinden.** Hier treffen Experten der EU Kommission sowie aus den Häfen und der Logistikbranche mit dem Ziel zusammen, Zukunftskonzepte für technische Innovationen zur Steigerung der Kommunikation und Leistungsfähigkeit in den Häfen zu finden.

Port Integration wird sich auf die Themen EDV in Häfen, Schnittstellen für die gegenseitige Kommunikation, den Seehafenhinterlandverkehr sowie EU-Politik und Umweltfragen konzentrieren. Um beispielsweise die Vernetzung der EDV-Infrastruktur von Häfen zu erreichen, erarbeiten die Fachleute ein Handbuch. Der von der Europäischen Union geförderte Austausch der Frachtdaten zwischen den beteiligten Häfen soll dazu dienen, Transporte zu beschleunigen, die Kommunikation zu verbessern sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und des Seeverkehrs zu steigern.

**Rückfragen: Behörde für Wirtschaft und Arbeit**

Pressestelle, Tel.: (040) 428 41 – 2239 oder 1627; Fax (040) 4279 41 481  
[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de) Im Internet: [www.bwa.hamburg.de](http://www.bwa.hamburg.de)

23. September 2010/bwa23

## Hafenfinanzierung nachhaltig gesichert

### Wirtschaftssenator Ian Karan stärkt Hafen kräftig den Rücken

Der Senat steht voll hinter dem Hamburger Hafen und stellt jetzt auch die mittelfristige Finanzierung des Hafens sicher. Die Beschlüsse der zurückliegenden Senatsklausur legen die Grundlagen dafür, dass der Hafen seine volkswirtschaftliche Schlüsselrolle weiter ausfüllt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann. Die sogenannte „HHLA-Milliarde“ (die Erlöse aus der Teilprivatisierung der HHLA AG im Jahr 2007) steht weiterhin für den Hafen zur Verfügung. Ab 2014 sind dann in der mittelfristigen Finanzplanung wieder Haushaltsmittel in Höhe von 100 Mio. € für den Hafen vorgesehen. An den finanziellen Hafenlasten beteiligt sich auch der Bund, der weiterhin jährlich rund 24 Mio. € für die Hafeninfrastruktur bereitstellt.

**Wirtschaftssenator Ian Karan freut sich:** „Es zahlt sich aus, dass Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus den Hafen zur Chefsache gemacht hat. Mit seiner Entscheidung, die Finanzierung des Hafens mittelfristig wieder aus Haushaltsmitteln zu bestreiten, hat der Senat ein deutliches Bekenntnis für den Hafen abgelegt und ein Signal gesetzt: Der Hamburger Hafen ist und bleibt der Garant für den Wohlstand unserer Stadt. Wir haben jetzt die nötige Planungssicherheit, um unseren Hafen nachhaltig und über die „HHLA-Milliarde“ hinaus mit finanziellen Mitteln auszustatten.“

#### Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

24. September 2010/bsg24

## **Kuhlmann akzeptiert Forderungen der Sozialbehörde**

### **Vermieter verpflichtet sich zu Transparenz, zur Rückzahlung überhöhter Mieten und zum Mieterschutz**

**Der Hamburger Vermieter Thorsten Kuhlmann hat sich jetzt als erster gegenüber der Sozialbehörde verpflichtet, alle an ihn gerichteten Forderungen zur Transparenz seiner Mietobjekte, zu Neuvermessungen der Wohnungen und zur entsprechenden Neufestlegung der Mieten zu erfüllen. Außerdem erfolgt eine sofortige Abschlagszahlung in Höhe von 110.000 Euro sowie weitere Erstattungen, wenn die Neufestlegung der Mieten erfolgt ist. Vorausgegangen waren intensive Ermittlungen und Aktivitäten zur Sicherstellung der Forderungen der Stadt bei gleichzeitigem Schutz der Mieter vor Kündigungen und langjährigen Verfahren vor Gerichten.**

Die Forderungen der Sozialbehörde – die sich übrigens an alle Vermieter richten, die in Hamburg im Verdacht stehen, Wohnungen zu übersteuerten Preisen an Hilfeempfänger zu vermieten – sehen wie folgt aus:

- Der Vermieter verpflichtet sich, alles Erforderliche zu unternehmen, damit die Behörde vollständige Transparenz über die tatsächlichen Größen der Mietflächen gemäß der 2. Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346) bzw. der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften sowie über die sonstigen Zustände aller an Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger vermieteten Flächen bzw. Mietobjekte erhält.
- Alle von dem Vermieter an Leistungsempfänger vermietete Flächen bzw. Mietobjekte werden von der Behörde gemeinsam mit einem vom Vermieter beauftragten Architektenbüro auf ihre Größe bzw. ihren Zustand überprüft. Die Ergebnisse der Vermessungen werden für verbindlich erklärt.
- Der Vermieter verpflichtet sich, Mitarbeiter von team.arbeit.hamburg und den Bezirksämtern bei der Vermessung der Mietflächen und der sonstigen Zustandsprüfung zu unterstützen.
- Bei einem festgestellten Unterschied von mehr als 10 Prozent der Wohnfläche zwischen den Quadratmeterangaben im Mietvertrag und dem Ergebnis der Überprüfung wird die angemessene Miete für diese Wohnung unter Berücksichtigung des Hamburger Mietenspiegels (normale Wohnlage) bzw. der ortsüblichen Vergleichsmiete festgestellt. Die Mietverträge sind hinsichtlich der tatsächlichen Mietfläche sowie der geminderten Mieten entsprechend anzupassen.

- Es erfolgt anschließend eine sofortige und vollständige Rückzahlung der entsprechend überzahlten Beträge an team.arbeit.hamburg bzw. an das jeweils zuständige Bezirksamt. Die Rückzahlungen beziehen sich auf den gesamten Zeitraum aller nicht bereits verjährten Forderungen.

Thorsten Kuhlmann und einige andere Hamburger Vermieter sind in die Schlagzeilen geraten, weil ihnen vorgeworfen wird, an Bezieher staatlicher Leistungen (Kosten der Unterkunft – „Sozialmieten“) einerseits Wohnungen mit falschen Größenangaben überteuert zu vermieten, aber auch Objekte anzubieten, die aufgrund ihres Zustandes für Wohnzwecke nicht geeignet sind.

Die jetzt akzeptierten Forderungen sind übrigens nicht mit Auswirkungen auf die strafrechtlichen Ermittlungen verbunden, die wegen Mietbetrugs oder –wucher bei der Staatsanwaltschaft anhängig sind.

„Ich akzeptiere weder Mietwucher und -betrug, noch können wir es uns als Stadt mit knappem Wohnraum leisten, dass durch die quasi staatlich garantierten Sozialmieten kleine Wohnungen ungerechtfertigt teuer werden“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Um langwierige Zivilklageverfahren auf dem Rücken der Mieter zu vermeiden, haben wir diesen klaren Forderungskatalog an verdächtige Vermieter aufgestellt. Aber ich sage auch ganz deutlich: Vermieter, die nicht bereit sind, zur Klärung der Vorwürfe und Begleichung etwaiger Überzahlungen beizutragen, müssen mit dem konsequenten Einschreiten der Stadt rechnen“, so **Wersich** weiter.

Um noch umfassender gegen überhöhte Mieten für kleine Wohnungen vorgehen zu können, fordert Senator Wersich vom Bund eine Änderung der Rechtsgrundlage für die Berechnung der sogenannten Kosten der Unterkunft („Sozialmieten“). „Um der überteuerten Vermietung kleiner Wohnungen ein Ende zu machen, brauchen wir rechtssichere lokale Quadratmeterhöchstpreise für die Wohnungen von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern. Sobald diese Regelungen vorliegen, werden wir zusätzliche Mitarbeiter einsetzen, um deren Einhaltung zu kontrollieren und durchzusetzen. Damit kann der Haushalt der Stadt um mehrere Millionen Euro durch Absenkung überhöhter Mieten entlastet werden. Gleichzeitig wirken wir damit dem preissteigernden Effekt der quasi staatlich garantierten Sozialmiete auch im freien Wohnungsmarkt entgegen, so dass auch andere Menschen mit geringem Einkommen davon profitieren.“

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsq.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsq.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bsq/](http://www.hamburg.de/bsq/)

23. September 2010/bsb23a

## **Berufliche Integration für jugendliche Flüchtlinge FLUCHTort Hamburg plus zieht positive Bilanz**

Eine positive Bilanz der Integrationsarbeit des Netzwerks FLUCHTort Hamburg plus sowie des ESF-Bundesprogramms Bleiberecht haben **Bildungssenatorin Christa Goetsch** und die Leiterin der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung aus dem **Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sabine Baun**, heute im Hamburger Rathaus gezogen: In der zweijährigen Laufzeit des Programms FLUCHTort Hamburg plus wurden 1008 junge und erwachsene Flüchtlinge beraten, 102 in Ausbildung vermittelt (überwiegend im dualen System) und 106 Flüchtlinge auf Arbeitsplätze in Hamburger Wirtschaftsbetrieben vermittelt. 113 Personen nahmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil.

**Bildungssenatorin Christa Goetsch:** „Ich danke allen, die Flüchtlinge in unserer Stadt unterstützen und ausbilden. Besonders danke ich den vielen Kooperationspartnern von FLUCHTort Hamburg plus, die eine große gesellschaftliche Verantwortung für die Flüchtlinge übernehmen. Wir können heute gemeinsam Erfahrungen austauschen und darüber beraten, welchen Beitrag wir als Stadt in Zukunft zur beruflichen Teilhabe von Flüchtlingen leisten können.“

**Sabine Baun, BMAS:** „Das Bleiberechtsprogramm ist ein großer Erfolg. Fast ein Viertel aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer bundesweit konnten bislang in Arbeit oder in ein duales Ausbildungsverhältnis vermittelt werden. Aufgrund der positiven Zwischenbilanz wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit einer zweiten Förderrunde bis Mitte 2014 die Arbeit in allen Bundesländern fortsetzen. Die Auswahl der Projekte erfolgt voraussichtlich im Oktober 2010.“

Maren Gag, Koordinatorin von FLUCHTort Hamburg plus, unterstrich die Bedeutung eines dauerhaften kommunalen Engagements für die Integration von geduldeten Flüchtlingen. Über die kommunale Verantwortung gegenüber diesen Menschen diskutierten Sebastian Bryan Aguiar (Auszubildender EP: Sterling), Achim Sterling (EP: Sterling), **Bettina Machaczek** (Hamburgische Bürgerschaft), **Gabi Brasch** (Vorstand Landesverband des Diakonischen Werkes Hamburg), Rolf Steil (Agentur für Arbeit) und Umes Arunagirinathan (Arzt am UKE).

**Das Netzwerk FLUCHTort Hamburg plus**

Für den eigenen Lebensunterhalt sorgen, seine Fähigkeiten ausbilden und einsetzen, an der Gesellschaft teilhaben: Das war für junge Flüchtlinge lange unmöglich. Dank neuer Bleiberechtsregelungen und Gesetzesänderungen haben sich neue Perspektiven für die jungen Menschen und die ausbildenden Betriebe eröffnet. Doch aufgrund ihrer Fluchterfahrungen, den unterbrochenen Bildungsbiografien und der oft wahrgenommenen Aussichtslosigkeit, brauchen sie eine besondere Unterstützung, um ihre neuen Chancen zu nutzen. Das Netzwerk FLUCHTort Hamburg plus, das auch im Aktionsplan zur Bildungs- und Ausbildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund des Hamburger Senates ausgewiesen ist, förderte sie in den vergangenen zwei Jahren und ermöglichte so ihre berufliche Integration. Die Unterstützung erfolgt durch Beratung, Coaching, Qualifizierung sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt hat in den vergangenen zwei Jahren die Chancen jugendlicher und erwachsener geduldeter Flüchtlinge verbessert, eine Arbeit aufnehmen zu können. Eines von bundesweit 43 Netzwerken ist in Hamburg unter der Leitung der passage gGmbH im Oktober 2008 gestartet. Sieben Einzelprojekte sind in dem Netzwerkverbund FLUCHTort Hamburg plus zusammengeschlossen. Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert und von zahlreichen strategischen Partnern wie den Hamburger Fachbehörden, der Agentur für Arbeit und team.arbeit.hamburg sowie Hamburger Wirtschaftsbetrieben und Kammern unterstützt. Mehr Informationen unter [www.fluchtort-hamburg.de](http://www.fluchtort-hamburg.de)

Im Anschluss wurde die neue Broschüre „Wir sind hier! – Porträts von Hamburger Flüchtlingen und Bleibeberechtigten auf ihrem Weg in den Beruf“ von FLUCHTort Hamburg plus vorgestellt.

Rückfragen:

Melanie Nickel

Stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: 040 42863 - 3497

F: 040 427966 - 148

E: [melanie.nickel@bsb.hamburg.de](mailto:melanie.nickel@bsb.hamburg.de)

FLUCHTort Hamburg plus

Michaela Ludwig

Mobil: 0173 – 614 70 99

E-mail: [michaela.ludwig@t-online.de](mailto:michaela.ludwig@t-online.de)

[www.fluchtort-hamburg.de](http://www.fluchtort-hamburg.de)

20. September 2010/bwf20

## Der Kunst- und Mediacampus Hamburg ist da!

### Feierlicher Einzug der HAW Hamburg in die Finkenau

Nach fünf Jahren Planung und intensiven Um- und Ausbauarbeiten eröffnete heute der Kunst- und Mediacampus Hamburg in der ehemaligen Frauenklinik Finkenau. Die Fakultät Design, Medien und Information (DMI) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) zieht mit rund 1.500 Studierenden in die hochmodernen Räume. Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach übergab offiziell den Schlüssel an DMI-Dekanin Prof. Dorothea Wenzel. Einer der größten Kunst- und Mediacampus in Deutschland ist damit fast fertig gestellt.

Fotos für die Medien stehen ab 16 Uhr bereit unter: <http://www.is.haw-hamburg.de/pk/Material/Bilder-Mediacampus.zip> (Name: journalist | Kennwort: gast)

Der denkmalgeschützte Fritz-Schumacher-Bau in Hamburg-Uhlenhorst beherbergt von nun an auch die Studierende der Fakultät DMI der HAW Hamburg und vervollständigt den neuen Studienstandort. Die Medienstadt Hamburg erhält damit einen zentralen Campus für die Kunst- und Medienausbildung, auf dem Kompetenzen rund um das Thema Medien zusammengefasst sind. Die mit vielen Medienbereichen kooperierenden wissenschaftlich-künstlerischen Design-, Informations- und Medienstudiengänge der HAW Hamburg runden mit ihrer Praxisorientierung das professionelle Profil des neuen Campus ab. Durch die enge Nachbarschaft zu der Hamburg Media School, der Hochschule für bildende Künste, der Miami Ad School, dem Multimedia Kontor Hamburg und dem Bürger- und Ausbildungskanal TIDE GmbH ergibt sich ein hohes Potential an Synergien. Mit dem Einzug der Fakultät DMI in die Finkenau erweitern aktuelle, zukunftsrelevante Studieninhalte wie Games, Suchmaschinen- und Informationstechnologie, Illustration und Wissenschaftskommunikation, Informations- und Medienkompetenz das interdisziplinäre Profil des Studienstandorts. Für den Arbeitsmarkt sind die Absolventinnen und Absolventen also bestens gerüstet.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Mit dem Einzug der Fakultät Design, Medien und Information der HAW Hamburg wird der Kunst- und Mediacampus Hamburg zu dem kreativen Zentrum der Medienausbildung in Hamburg und Deutschland. Mit der Konzentration von nunmehr sechs verschiedenen Institutionen an einem Ort haben wir das Ziel, die Qualität der kreativen Ausbildung in den Bereichen Medien, Design und Kunst zu verbessern, fast erreicht. Die Fächervielfalt ist einmalig in Europa und bietet

hervorragende Möglichkeiten zur Kooperation, Interdisziplinarität und Internationalität. Die Investition von rund 48 Millionen Euro wird sich auszahlen. Es ist ein echter Campus entstanden, der Köpfe und Herzen der Studierenden anspricht. Jetzt gilt es, das Konzept weiter zu entwickeln und den Campus zu beleben, damit neue Synergien zwischen den Institutionen entstehen können. Zum Zeichen des Neuanfangs haben wir uns für einen neuen Namen entschieden – Kunst- und Mediacampus Hamburg. Mit der Namensänderung wollen wir uns verabschieden von der vergangenen Nutzung als „Frauenklinik Finkenau“. Ich wünsche der DMI einen guten Start im neuen Gebäude und dem Campus insgesamt ein kräftiges: vivat, crescat, floreat!“

Drei Departments – Design, Medientechnik und Information – der HAW Hamburg finden in den denkmalgeschützten sowie hochmodern ausgestatteten Räumen ihre neue Heimat. Mit den Studiengängen – Illustration, Kommunikationsdesign, dem Master Design, Bibliotheks- und Informationsmanagement, Medien und Information, dem Master Informationswissenschaft und -management sowie Medientechnik, Media Systems und dem Master Zeitabhängige Medien, Games, Sound, Vision – wird der Mediacampus komplett. Der Modecampus Armgartstraße bleibt bei seinen Wurzeln und die Stiftstraße wird weiterhin von der HAW Hamburg genutzt. Damit starten die Studierenden der Fakultät DMI nach Jahren ihrer Verteilung auf die vier Standorte Armgartstraße, Berliner Tor, Stiftstraße und Wartenau mit Semesterbeginn erstmals auf einem eigenen Campus.

„Von der Atmosphäre der ehemaligen Geburtsklinik ist nicht mehr viel zu spüren“, sagt die **Dekanin der Fakultät DMI, Prof. Dorothea Wenzel**. „Wir haben wirklich den Spagat geschafft zwischen beeindruckender historischer Kulisse und hochmoderner Ausstattung der Räume mit aktueller Technik. Dabei konnten wir mit dem Umbau unseren unterschiedlichen Disziplinen gerecht werden: Die Informationswissenschaftler erhalten nagelneue PC-Labore, die Fotografen ein neues Fotolabor mit aktueller Ausrüstung und die Designer tolle neue Ateliers im lichtdurchfluteten Dachgeschoss“, sagt die Dekanin. „Der Umzug war ein echtes logistisches Meisterstück. Die Ausstattung von vier Standorten an ihren neuen Platz zu bringen, war viel Arbeit. Umso mehr freuen wir uns auf die schönen neuen Räumlichkeiten, die in den nächsten Jahren mit Mensa, Bibliothek und sogar einer Treppe zur Eilenau ergänzt werden.“

**Prof. Dr. Michael Stawicki, Präsident der HAW Hamburg:** „Wir sind sehr froh, dass nach Jahren der Planung und Diskussion nun der Mediacampus auf unsere Studierenden wartet. Hier finden sie einen attraktiven Studienstandort, der ihnen mit seinen vielfältigen Möglichkeiten Raum zur Entfaltung ihrer Kreativität gibt. In Hamburg hat ein solches Ausbildungszentrum für Medien bislang gefehlt. Mit der Einrichtung des Kunst- und Mediacampus hat Hamburg deshalb ein eindeutiges Bekenntnis in Sachen Medien und Kreativität abgelegt. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir werden diese Chance mit unseren Studierenden zu nutzen wissen. Der Mediacampus Hamburg wird deutschlandweit ausstrahlen und viele exzellente Studierende zu uns locken.“

*2003 wurde das Konzept für einen Kunst- und Mediacampus von der Stadt entwickelt und wird seither Schritt für Schritt umgesetzt. Ziel ist es, in Hamburg verstreute Studien- und Ausbildungsangebote im Bereich der Medien an einem Ort zusammenzuführen. Die Fakultät DMI der HAW Hamburg stellt mit rund 1.500 Studierenden die größte Studierendengruppe. Mit dem Einzug der HAW Hamburg auf etwa 10.000 Quadratmetern wird das Studienangebot um entscheidende informationswissenschaftliche und kreative Disziplinen erweitert.*

*Nach der Einweihung eines neuen Studiokomplexes für die Film- und Fernsehhausbildung im Januar 2010 wird ein Neubau in der südöstlichen Ecke des Campus der letzte Baustein. Er soll ein Ort des Treffens und der Kommunikation für die Studierenden der verschiedenen Disziplinen werden und unter anderem eine Mensa mit Cafeteria, eine Bibliothek und einen multimedialen Veranstaltungsraum erhalten. Die Bauplanung hierfür ist angelaufen.*

**Kontakte:**

HAW Hamburg – Fakultät DMI

Dekanin DMI Prof. Dorothea Wenzel

Tel.: 040 42875-4635

E-Mail: [dorothea.wenzel@haw-hamburg.de](mailto:dorothea.wenzel@haw-hamburg.de)

**Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,

Mobil: 0171-3882432, [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

Pressereferentin HAW Hamburg, Dr. Katharina Ceyp-Jeorgakopulos

Tel.: 040 42875-9132, Mobil: 0172-4124847

E-Mail: [presse@haw-hamburg.de](mailto:presse@haw-hamburg.de), [www.haw-hamburg.de](http://www.haw-hamburg.de)

21. September 2010/bwf21

## Kühne Logistics University genehmigt

### Neue Hochschule für Logistik und Unternehmensführung startet noch im September

Der Senat hat heute die private „Kühne Logistics University – Wissenschaftliche Hochschule für Logistik und Unternehmensführung“ (KLU) staatlich anerkannt. Die neue Hochschule wird ihren Studienbetrieb im Rahmen eines Gründungsaktes am 27. September zunächst mit dem Master-Studiengang „Global Logistics“ aufnehmen. Das Amt des Gründungspräsidenten der KLU hat Herr Dr. Wolfgang Peiner übernommen. Geschäftsführer sind Herr Dr. Markus Baumanns und Herr Dr. Reimar Palte (Kanzler). Die KLU hat ihren Sitz am Brooktorkai in der HafenCity Hamburg.

Bis 2015 sind ein kontinuierlicher Ausbau des Studienangebots sowie in Kooperation mit deutschen und internationalen Hochschulen der Aufbau eines strukturierten Promotionsprogramms geplant. Neben Bachelor- und Masterstudiengängen für deutsche und internationale Studierende wird die KLU im Rahmen der Führungskräfteweiterbildung auch eine MBA-Ausbildung sowie ein Executive-MBA-Programm anbieten. Zu der berufsbegleitenden Weiterbildung gehören außerdem Tagesforen, eine Seminarreihe und mehrtägige Blockveranstaltungen, wie die Spring oder Summer Schools.

Die KLU wird im hamburgischen Logistik-Cluster das inhaltliche Spektrum um betriebs- und volkswirtschaftliche Fragestellungen, Perspektiven der Unternehmensführung sowie interdisziplinäre Aspekte vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien erweitern. In enger Forschungszusammenarbeit mit dem entstehenden Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen sowie der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) wird man sich besonders der Maritimen Logistik widmen. Neben den bestehenden internationalen Hochschulkooperationen der KLU mit Universitäten in China, Großbritannien, Indien, Korea und den USA im Bereich des Studierendenaustauschs sind Forschungspartnerschaften mit international führenden Universitäten und Hochschulen geplant.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Die Kühne Logistics University ist nicht nur die 20. Hamburger Hochschule, sondern neben der Bucerius Law School die zweite private Hochschule, die einer Universität gleichgestellt ist. Ich bin mir sicher, dass sie den hohen Ansprüchen gerecht werden wird. Die KLU ist durchgängig international ausgerichtet, lehrt und forscht interdisziplinär und wird mit ihrer fachlichen Ausrichtung den Hochschulstandort Hamburg insgesamt bereichern. Ich wünsche der KLU jeden denkbaren Erfolg bei dieser fordernden Aufgabe.“

**KLU-Gründungspräsident Dr. Wolfgang Peiner:** “Wir wollen in Forschung und Lehre die obere Spitze der Pyramide besetzen und uns dem internationalen Wettbewerb stellen. In unserem Anspruch an Qualität in Forschung und Lehre folgen wir als Hochschule deshalb internationalen Standards. Die KLU wird in jeder Hinsicht truly international.“

Die Studiengebühren für das im September startende Masterprogramm belaufen sich auf 7.500,- Euro pro Studienjahr. In allen Studiengängen werden Stipendien sowie die Möglichkeit der Finanzierung durch Studienkredite angeboten. Die Vollzeit-Studiengänge sind zudem dem Grunde nach förderungsfähig nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Trägerin der Hochschule wird die „Kühne Logistics University GmbH“, deren alleinige Gesellschafterin die gemeinnützige Kühne-Stiftung ist. Die von der Familie Kühne im Jahr 1976 gegründete Kühne-Stiftung möchte mit der Hochschulgründung – hervorgehend aus der Kühne School of Logistics and Management GmbH – ihr Engagement für die Weiterbildung sowie die Forschung auf dem Gebiet der Logistik am Standort Hamburg ausweiten und einen Beitrag zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb leisten.

Die Anerkennung der KLU gilt zunächst befristet für fünf Jahre. Die endgültige Anerkennung der Hochschule kann nach der institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat erfolgen.

**Kontakt:**

Kühne Logistics University – The KLU  
Wissenschaftliche Hochschule für Logistik und Unternehmensführung  
Marketing & Public Relations

**Dirk Laschke**

Brooktorkai 20

20457 Hamburg

Tel.: +49 40 328707-151

Fax: +49 40 328707-109

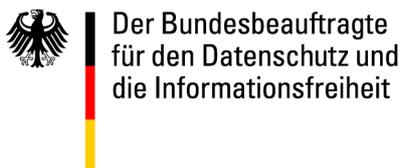
E-Mail: [dirk.laschke@the-klu.org](mailto:dirk.laschke@the-klu.org)

[www.the-klu.org](http://www.the-klu.org)

**Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)



Der Hamburgische  
Beauftragte für  
Datenschutz und  
Informationsfreiheit

Pressemitteilung 40/2010

Bonn/Berlin, 22.09.2010

### Gemeinsame Erklärung

des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen  
und des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

zum Spitzengespräch am 20. September 2010

### **Moderner Datenschutz im Internet – ein erster Schritt**

An dem vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, initiierten Spitzengespräch zum Thema „Digitalisierung von Stadt und Land“ am 20. September 2010 haben der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Herr Ulrich Lepper als Vorsitzender des Düsseldorfer Kreises der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Herr Prof. Dr. Johannes Caspar, als für einige wichtige Internetunternehmen zuständige Aufsichtsbehörde sowie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, teilgenommen.

Sie geben hierzu folgende gemeinsame Erklärung ab:

1. Das Spitzengespräch hat die Bedeutung des Datenschutzes beim Umgang mit Geoinformationen, aber auch allgemein bei Internetdiensten eindrucksvoll unterstrichen. Die enorme Vielfalt der Angebote steht dabei in einem auffälligen Missverhältnis zu den unklaren und unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte. Wir halten eine Regulierung im Sinne klarer und verbindlicher Anforderungen zum Schutz der Privatsphäre daher für dringend erforderlich.
2. Regelungen zum Umgang mit Geoinformationen können nur ein erster Schritt zur Modernisierung des Datenschutzes im Internet sein.
3. Der Staat ist verpflichtet, auch im Bereich der Privatwirtschaft für einen angemessenen Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung zu sorgen. Die hierzu notwendigen wesentlichen Maßnahmen sind unmittelbar in einem Gesetz zu regeln. Hierzu gehört auch ein allgemeines Widerspruchsrecht der Betroffenen gegen die Veröffentlichung ihrer Daten im Internet.

4. Wir sehen es positiv, dass der Bundesminister des Innern eine gesetzliche Regelung anstrebt, die als „rote Linie“ die unabdingbaren Mindestanforderungen für die Verarbeitung von personenbezogenen Geoinformationen festschreibt. Diese muss aber einen angemessenen Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gewährleisten. Eine Selbstverpflichtung der Internetwirtschaft kann gesetzliche Regelungen nicht ersetzen. Soweit die Bundesregierung gleichwohl diesen Weg einschlagen will, muss eine Selbstverpflichtung mindestens die folgenden Anforderungen erfüllen:
- a. Es ist ein allgemeines Widerspruchsrecht gegen die Veröffentlichung georeferenzierter personenbezogener Informationen im Internet zu schaffen.
  - b. Um das Einlegen von Widersprüchen möglichst unbürokratisch zu ermöglichen und die Daten der Widersprechenden optimal zu schützen, ist ein Widerspruchsregister einzurichten. Dieses ist bei einem unabhängigen Trust Center als vertrauenswürdiger Stelle zu führen.
  - c. Die Selbstverpflichtung muss für die gesamte Internetwirtschaft verbindlich sein.
  - d. Bei Verstößen gegen die Selbstverpflichtung müssen wirksame Sanktionen vorgesehen werden.
  - e. Der Datenschutzkodex darf keinesfalls hinter den Verhandlungsergebnissen zurückbleiben, die die zuständigen Aufsichtsbehörden mit den Anbietern einschlägiger Dienste (insb. Google Street View) erreicht haben.
5. Sofern es der Internetwirtschaft bis zum 5. IT-Gipfel am 7. Dezember 2010 nicht gelingt, eine Selbstverpflichtung vorzulegen, die den genannten Anforderungen genügt, muss der Gesetzgeber entsprechende Regelungen schaffen.

Der Bundesbeauftragte  
für den Datenschutz  
und die Informationsfreiheit  
- Pressestelle -

Verbindungsbüro Berlin

Friedrichstr. 50-55, 10117 Berlin

Tel.: 0228 99 77 99 916

[pressestelle@bfdi.bund.de](mailto:pressestelle@bfdi.bund.de)

Landesbeauftragter  
für Datenschutz und  
Informationsfreiheit  
Nordrhein-Westfalen

Tel.: 021138 424 92

[pressestelle@ldi.nrw.de](mailto:pressestelle@ldi.nrw.de)

Der Hamburgische  
Beauftragte für Datenschutz  
und Informationsfreiheit

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Caspar

Tel.: 040 428 54 4040

20. September 2010/bksm20

## Norddeutscher Filmpreis 2010: 12 Filme von der Jury nominiert

Die Nominierungen für den Norddeutschen Filmpreis 2010 der Landesregierungen Hamburg und Schleswig-Holstein stehen jetzt fest. Zwölf Filme sind in den Kategorien „Bestes Drehbuch“, „Beste Dokumentation“, „Bester Fernsehfilm“ und „Bester Kinofilm“ von der Jury aus über 70 Einsendungen ausgewählt worden. Der Norddeutsche Filmpreis ist dotiert mit insgesamt 75.000 € und wird gemeinsam mit den Preisen der Nordischen Filmtage am 6. November 2010 im Rahmen der Filmpreisnacht bei den 52. Nordischen Filmtagen Lübeck im Theater Lübeck verliehen.

In der Kategorie „**Bestes Drehbuch**“ (Autorenpreis) wurden die Filme BIS NICHTS MEHR BLEIBT (Niki Stein), ETWAS BESSERES ALS DEN TOD (Ruth Toma) und ES WAR EINER VON UNS (Astrid Ströher) nominiert.

In der Kategorie „**Beste Dokumentation**“ (Regiepreis) sind die Produktionen AGHET – EIN VÖLKERMORD von Eric Friedler, ZWIEBELFISCHE JIMMY ERNST GLÜCKSTADT/NEW YORK von Christian Bau und Artur Dieckhoff und WÄRST DU LIEBER TOT? von Christina Seeland ausgewählt worden.

In der Kategorie „**Bester Fernsehfilm**“ (Produzentenpreis) wurden die Filme BIS NICHTS MEHR BLEIBT (Benjamin Benedict, Nico Hofmann, teamWorx, Berlin), NEUE VAHR SÜD (Lisa Blumenberg, Studio Hamburg Produktion Hannover) und BELLA BLOCK – VORSEHUNG (Norbert Sauer, UFA Fernsehproduktion, Berlin) nominiert.

In der Kategorie „**Bester Kinofilm**“ (Produzentenpreis) sind die Filme SOUL KITCHEN (Fatih Akin, Klaus Maeck, Corazón International, Hamburg), UNKRAUT IM PARADIES (Ulrich Caspar, Käte Caspar, Distant Dreams Produktion, Berlin) und WOMB (Gerhard Meixner, Roman Paul, Razor Film Produktion, Berlin) nominiert worden.

Neben dem zusätzlichen „Preis für Besondere Verdienste“ an eine oder mehrere Persönlichkeiten, die sich um die Norddeutsche Filmregion verdient gemacht hat/haben, kann die Jury in diesem Jahr erstmals auch Preise für herausragende Einzelleistungen vergeben.

Die Filme NEUE VAHR SÜD, WOMB, ES WAR EINER VON UNS, WÄRST DU LIEBER TOD und ETWAS BESSERES ALS DEN TOD haben auf dem 18. Filmfest Hamburg Premiere, das am 30. September 2010 beginnt.

Jurymitglieder für den Norddeutschen Filmpreis 2010 sind Lars Büchel (Regisseur und Produzent), Birgit Heidsiek (Filmjournalistin), Catrin Striebeck (Schauspielerin), Susanne Bieler-Seelhoff (Leiterin der Kulturabteilung im Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein) und Juana Bienenfeld (Filmreferentin der Behörde für Kultur, Sport und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg).

Für Rückfragen:

Claudia Fregiehn

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 207

[claudia.fregiehn@bksm.hamburg.de](mailto:claudia.fregiehn@bksm.hamburg.de)

Thomas Schunck

Ministerium für Bildung und Kultur  
Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel

0431 - 988-5805

[thomas.schunck@mbk.landsh.de](mailto:thomas.schunck@mbk.landsh.de)

22. September 2010/bsb22

## Kinder zum Olymp! 2010

### Schule Lämmersieth gewinnt ersten Preis in Bildenden Künsten

Die Schule Lämmersieth aus Dulsberg/Barmbek hat mit ihrer „Kunstetage – Galerie Pappwerkstatt“ den ersten Preis im Wettbewerb Kinder zum Olymp! 2010 gewonnen (Kategorie Bildende Künste, Klassen 1-4). Der Preis von 1000 Euro wird am kommenden Montag, 27. September um 12 Uhr im Konzerthaus Berlin überreicht.

Kinder zum Olymp ist eine Kulturstiftung der Länder. Sie prämiert vorbildliche Kooperationen zwischen Schule und Kulturschaffenden und möchte weitere Institutionen dazu anregen, junge Menschen für Kultur zu begeistern und ihre Kreativität zu fördern.

An der Schule Lämmersieth haben die Künstler Michael Hahn und Katharina Harning gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern in der dritten Etage des Schumacher Schulbaus Atelierflächen geschaffen. Hier können die Kinder nun begeistert an großformatigen Objekten und Installationen arbeiten und sich im wahrsten Sinne des Wortes künstlerisch austoben. Neben den thematischen Angeboten ist auch das freie Arbeiten möglich. Im Raum Galerie Pappwerkstatt finden regelmäßig Ausstellungen statt – zuletzt unter dem Motto Mit Brille! Hier verblüfften von Schülerinnen und Schülern selbst kreierte Brillenmodelle auf phantasievoll gerahmten Foto-Portraits.

Die Schülerinnen und Schüler nehmen den Preis zusammen mit den Kooperationspartnern, dem Künstlerehepaar Hahn/Harning, und der Schulleiterin Antje Kilicli entgegen. Im Anschluss sind alle Preisträger dieses renommierten bundesweiten Wettbewerbs zum spätsommerlichen Mittagessen im Atrium der Deutschen Bank eingeladen.

Weitere Informationen und Fotos erhalten Sie unter: [www.schule-laemmersieth.de](http://www.schule-laemmersieth.de) und [www.kinder-zum-olymp.de](http://www.kinder-zum-olymp.de).

Rückfragen:

Melanie Nickel

Stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: 040 42863 - 3497

E: [melanie.nickel@bsb.hamburg.de](mailto:melanie.nickel@bsb.hamburg.de)



23. September 2010/bwf23

## Denkmalschutz und EU-Wasserrahmenrichtlinie in Einklang bringen

### Alternative Lösungen für Wassermühlen-Stauwehre

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Vereins zur Erhaltung der Wind- und Wassermühlen in Schleswig-Holstein und Hamburg e.V. am 18. September 2010 in Hamburg sprach sich **Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK)**, für einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Anforderungen des Denkmalschutzes bei der Erhaltung von kulturhistorisch bedeutsamen Wassermühlen einerseits und der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) andererseits aus.

Die EG-WRRL, die einen guten ökologischen Zustand für alle Fließgewässer bis 2015 und damit auch die Durchgängigkeit der Bäche und Flüsse für Wanderfischarten (z.B. Aale, Lachse, Forellen und Stinte) zum Ziel hat, stelle für Wassermühlen-Stauwehre ein Hindernis dar, sagte die DNK-Präsidentin. **Gundelach:** „Das Stauwehr ist ein essentieller Teil einer denkmalgeschützten, funktionsfähigen Wassermühle, wie sie von vielen Mühlenvereinen liebevoll erhalten, gepflegt und betrieben wird. Hier muss der Konflikt, wie an vielen Orten schon geschehen, durch ein Umgehungsgerinne oder eine Fischtreppe gelöst werden.“

Viele gute Beispiele zeigten, dass dies gelingen kann. So sei die ursprüngliche Kontroverse bei der Kupfermühle in Hamburg-Wohldorf, der Horster Mühle in Seevetal oder der Schildmühle in Bennin-Schildfeld bestmöglich überwunden worden.

Ein Konflikt sei jedoch auch in vielen gestalteten Kulturlandschaftsbereichen zu finden, nicht nur bei Mühlenanlagen. So stoße die in der EG-WRRL gewünschte Renaturierung von Bach- und Flussläufen aus denkmalpflegerischer Sicht zum Beispiel auch bei künstlichen Fließgewässern in historischen Parks oder bei kulturlandschaftlich wichtigen historischen Fischerei- oder Flößereianlegeplätzen auf Probleme.

Angesichts der zurückgehenden Finanzkraft der Länder und Gemeinden, die für den Denkmalschutz zuständig seien, stünden diese jedoch vor der größten finanziellen Herausforderung in der Geschichte. „Eine solche Situation erfordert den engen Zusammenschluss aller im Denkmalschutz Engagierter. Wir müssen

unsere Kräfte bündeln und gemeinsame Strategien entwickeln“, so der Aufruf von **DNK-Präsidentin Gundelach**.

**Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
Tel.: 040 42863-2322, [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz  
bei dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien,  
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn  
[Caecilie.flossdorf@bkm.bmi.bund.de](mailto:Caecilie.flossdorf@bkm.bmi.bund.de)  
[www.dnk.de](http://www.dnk.de)

## Terminkalender

Vom 27. September bis 3. Oktober 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 27.09.2010

- ganztägig** Lissabon, Parlamentsgebäude, Palácio de S. Bento  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt als Vertreter des Bundesrates am **Europäischen Parlamentarischen Treffen zum Thema „Europäischer Auswärtiger Dienst“** teil.
- 10:00** Congress Centrum Hamburg, Messeplatz 1  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort anlässlich der „55th Distripres Conference“**.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort anlässlich des Senatsempfangs für Ordensmitglieder des „Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste“**.
- 12:00** Handelskammer Hamburg, Börsenclub, Adolphplatz 1  
Staatsrat Ulrich Vieluf hält einen **Fachvortrag zum „Montagslunch“**.
- 17:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach gibt einen Senatsempfang und spricht ein **Grußwort aus Anlass der Gründung der „Kühne Logistics University – Wissenschaftliche Hochschule für Logistik und Unternehmensführung“**.
- 18:00** Beach Center Hamburg, Alter Teichweg 220, 22049 Hamburg  
Staatsrat Rolf Reincke spricht anlässlich der Veranstaltung **Juniorsportler des Jahres „Hamburgs größte Talente“ ein Grußwort und nimmt die Siegerehrung vor**.
- 18:30** BAT ; Alsterufer 4; 210354 Hamburg  
Staatsrat Peter Wenzel spricht ein **Grußwort anlässlich der erstmaligen Verleihung des „Jimmi Rembiszewski-Preises für Marketing“**.
- 19:00** Campus HCU, Hebebrandstraße City Nord  
Senatorin Anja Hajduk stellt auf einer **öffentlichen Veranstaltung die Pläne zur Stadtbahn vor**.
- 19:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz 1  
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort zur Vorschau der Ausstellung der Stiftung für die Hamburger Kunstsammlungen „Ideen sitzen – 50 Jahre Stuhldesign“**.
- 20:00** Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 11

Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Theatervorstellung „An allen Fronten – Lili Marleen & Lale Andersen“**.

**Dienstag, den 28.09.2010**

- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Honorarkonsul der Republik Malawi, Manfred Mehr, zum Abschiedsbesuch.**
- 15:00** Auditorium Maximum der Bucerius Law School, Jungiusstraße  
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung des Hamburger Kinder- und Jugend-Kulturpreises 2010 der Dr. E. A. Langner-Stiftung.**
- 18:00** Landesvertretung Hamburgs beim Bund, Jägerstraße 1-3, Berlin  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus eröffnet das **Jahresfest der Vertretung Hamburgs beim Bund.**
- Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senatorin Anja Hajduk, Senator Reinhard Stuth, Senator Dietrich Wersich, Senator Dr. Till Steffen, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann, Staatsrat Dr. Manfred Jäger, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters und Staatsrat Christian Maaß nehmen teil.

**Mittwoch, den 29.09.2010**

- ganztägig** Batiment Jacques Delors, Belliardstraat 99-101, Brüssel  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus nimmt an der **außerordentlichen Konferenz der Ministerpräsidenten in Brüssel teil.**
- 11:00** Rolf-Liebermann-Studio des NDR, Rothenbaumchaussee 132  
Senatorin Anja Hajduk, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Verabschiedung von Maria von Welser als Leiterin des NDR Landesfunkhauses Hamburg teil.**
- 11:00** UKE, Martinistraße 52 – Rohbau Psychiatrie  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich des Richtfestes „Neubau Psychiatrie am Universitätskrankenhaus Eppendorf“.**
- 12:00** Messe „Du und Deine Welt“ (Forum Gesundheit, Halle B5)  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **Messe „Du und Deine Welt“.**
- 14:00** Berlin, Botschaft der Republik Kamerun, Kurfürstendamm 136  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Kamerun, Jean-Marc Mpay, zum Gespräch.**
- 14:00** Seniorenzentrum St. Georg, Gärtnerstraße 63  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger eröffnet die **„2. Hamburger Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“ mit einem Grußwort.**
- 14:00** Commundo Tagungshotel, Oberer Landweg 27  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt an der **Tagung des Landesverbandes**

**der Standesbeamten teil.**

- 20:00** Stage Club, Stresemannstraße 159a  
Senator Reinhard Stuth nimmt an der Podiumsdiskussion des „**Kulturklub HH**“ teil.
- 21:00** Rathaus Altona, Platz der Republik 1  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **700-Jahr Feier des Stadtteils Ottensen**.

**Donnerstag, den 30.09.2010**

- 09:00** Uni-Hauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger eröffnet die „**4. Hamburger Fachtagung: Schimmelpilze in Innenräumen**“ des **Regionalverbandes Umweltberatung Nord e.V.** mit einem **Grußwort**.
- 09:15** Deutsche Bank, Adolphsplatz 7  
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort zum „Hamburg Media Summit 2010“**.
- 11:00** Berlin, Botschaft der Republik Malawi, Westfälische Str. 86  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Malawi, Isaac Chikwekwere Lamba**, zum **Gespräch**.
- 11:00** HdP, Braamkamp 3, Hamburg  
Senator Heino Vahldieck hält eine **Festansprache anlässlich der Verabschiedung der Studiengänge Sicherheitsmanagement und Polizei**.
- 11:45** Albertinen-Haus, Sellhopsweg 18-22  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält ein **Grußwort anlässlich des Festaktes 30 Jahre Albertinen-Haus**.
- 12:00** Bundesministerium der Justiz, Berlin  
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil an einem **Runden Tisch zum Thema „Sexueller Missbrauch“**.
- 13:00** Radison Blu Hotel; Marseiller Str.2;20355 Hamburg  
Senator Ian Karan spricht ein **Grußwort anlässlich des 4.BVMW Zukunftskongresses „Perspektive Mittelstand: Moderne Arbeitswelten“**.
- 14:00** Schule Borgweg, Schule für Blinde und Sehbehinderte, Borgweg 17a  
Senatorin Christa Goetsch weiht den **Sportplatz des Bildungszentrums für Blinde und Sehbehinderte ein**.
- 19:00** ARD-Hauptstadtstudio Berlin, Wilhelmstraße 67a  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen am „**ARD Hauptstadttreff**“ zum Thema **Politik & Medien im Dialog 2010** teil.
- 19:30** CinemaxX, Dammtordamm 1  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus, Bürgermeisterin Christa Goetsch und

Senator Reinhard Stuth nehmen an der **Eröffnung des „18. Filmfestes Hamburg“** teil.

**Freitag, den 01.10.2010**

- 08:45** Sport- und Kommunikationszentrum der Hochbahn, Halle 13, Hellbrookstraße 2  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht auf der **ver.di-Fachtagung „Soziale Stadt braucht gute Arbeit“** zum Thema: „**Herausforderungen und Perspektiven der sozialen Stadt**“.
- 11:00** Helmut Schmidt Universität, Holstenhofweg 85  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort aus Anlass der Akademischen Feier zur Übergabe des Präsidentenamtes von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Hans Christoph Zeidler an Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Wilfried Seidel.**
- 13:00** Airbus; Kreetslag 10; 21129 Hamburg  
Senator Ian Karan übernimmt die **Verleihung der Max-Schmeling-Medaille an die Firma Airbus.**
- 15:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1  
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort im Rahmen einer akademischen Feier der Bucerius Law School.**
- 15:15** Landesvertretung Hamburg in Berlin, Jägerstraße 1-3  
Staatsrat Christian Maaß spricht anlässlich des **Besuchs von Connie Hedegaard, Europäische Kommissarin für Klimapolitik.**
- 16:00** CinemaxX Dammtor, Dammtordamm 1  
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des 8. Michel-Kinder- und JugendFilmfest in Hamburg.**
- 19:00** CinemaxX, Dammtordamm 1  
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung des „Douglas-Sirk-Preises 2010“.**

Bürgermeisterin Christa Goetsch und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

**Samstag, den 02.10.2010**

- 10:00** Regattazentrum Allermöhe, Allermöher Deich 36, 21037 Hamburg  
Staatsrat Rolf Reincke hält anlässlich der **Eröffnung der neuen Regattastrecke ein Grußwort und nimmt anschließend an der Eröffnungsfeier des Baltic Cup 2010 teil.**
- 11:30** Osdorfer Landstraße/Groß Flottbeker Straße  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus eröffnet den **Fernando-Lorenzen-Platz und hält ein Grußwort.**
- 13:00** Hauptkirche St.Petri bei der Petrikirche 2, 20095 Hamburg  
Staatsrat Rolf Reincke hält anlässlich der **Übergabe der Ernte Krone vom LandFrauenverband Hamburg an den Senat der Stadt Hamburg ein**

## **Grußwort**

- 14:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein **Grußwort zum Welthospiztag.**
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor  
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Premierenvorstellung „Die Krönung der Poppea“.**
- Sonntag, den 03.10.2010**
- 10:00** Bremer St. Petri Dom, Sandstraße 10-12, Festakt in der Bremen Arena, Gustav-Deetjen-Allee  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt am Gottesdienst und anschließend an den **Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2010 teil und besucht das Bürgerfest in der Überseestadt.**
- 15:00** Trabrennbahn Hamburg Bahrenfeld, Luruper Chaussee 30, 22761 Hamburg  
Staatsrat Rolf Reincke besucht das **Hauptrennen „größter Renntag des Jahres“ auf der modernisierten Trabrennbahn in Hamburg Bahrenfeld und nimmt die die Siegerehrung vor.**
- 16:00** Bremen, Europahafen  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt am traditionellen **Drachenbootrennen zur Feier des Tages der Deutschen Einheit teil.**
- 18:30** Prag  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus **besucht mit einer Delegation vom 03.10. bis 05.10.2010 Hamburgs Partnerstadt Prag.**
- 20:00** Docks, Spielbudenplatz 19  
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen anlässlich der **Eröffnung der Elbphilharmonie Konzerte 2010/2011 das Konzert „Spira mirabilis“.**